

Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangolien, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Belegzeit wöchentlich ledigmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktions- und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. (Telefon 2314). Bezugs: Halberstädter Tagesblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Beamtendorf, für Politik u. Wirtschaft: Kurt Wollenbutz, für den lokalen Teil: Wilhelm Rindemann, für Bekannde u. Inserate: Carl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restkolonne 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgesehen ist bei der Zahlung vorzuzahlen. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Telefon Nr. 2314), Buchdruckerei Wagnersburg 4936 und Volksbuchhandlung (Steinwald) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 105

Donnerstag, den 7. Mai 1929

4. Jahrgang

Rotfront in Preußen verboten!

Auch Hamburg verbietet den Pfingst-Rotfronttrummel.

Berlin, 6. Mai. (Eig. Funkn.). Der preussische Minister des Innern hat am Sonntagabend im Einvernehmen mit dem preussischen Ministerpräsidenten den Roten Frontkämpferbund verboten. Das Verbot tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Seine amtliche Bekanntgabe wird im Verlauf des heutigen Vormittags erfolgen. Die Bestimmung des Roten Frontkämpferbundes wird von der Entscheidung der preussischen Regierung ebenfalls heute vormittag offiziell unterrichtet werden.

Das Verbot gründet sich insbesondere auf die Vorgänge der letzten Tage in Berlin. Es steht einwandfrei fest, daß der Rote Frontkämpferbund ebenso wie die kommunistische Partei die blutigen Auseinandersetzungen genoss und sowohl zu ihrer Vorbereitung als auch zu ihrer Verwirklichung alles getan hat. Es kommt hinzu, daß sich der Rote Frontkämpferbund — wie am hundertsten und hundertsten Tag — in letzter Zeit immer mehr als Revolutionspartei enthielt hat. Wie oft sind in den letzten Monaten und Wochen allein Sozialdemokraten von Anhängern des Roten Frontkämpferbundes blutig geschlagen, niedergelassen oder erschossen worden. Diese Gräueltaten haben ebenso die Billigung des Roten Frontkämpferbundes gefunden wie die verhängnisvollen Aufmärsche und deren Ergebnisse in Berlin.

Das Verbot der preussischen Staatsregierung ist eingehend begründet. Wie wir erfahren, wird der Rote Frontkämpferbund bei dem Staatsgerichtshof gegen die preussischen Maßnahmen protestieren und über deren Zulässigkeit eine richterliche Entscheidung herbeiführen lassen.

In dem Verbot wird u. a. die Beschlagnahme des beweglichen und unbeweglichen Eigentums der kommunistischen Organisation ausgeschlossen. Das heißt, sämtliche Kassen, Bücher, Drucksachen, die Arbeiterblätter usw. verfallen der preussischen Staatsmacht. Die Beschlagnahme dieses beweglichen und unbeweglichen Eigentums ist in Preußen bereits durchgeführt.

Hamburger Rotfronttag verboten.

Hamburg, 4. Mai. Der hamburghische Senat hat beschloffen, das seit dem 11. März d. J. für die Kommunistische Partei und die Nationalsozialistische Partei bestehende Demonstrierungsverbot aufrechtzuerhalten. Damit ist auch der für Pfingsten in Hamburg geplante Rotfrontkämpfertag verboten.

Die haaftliche Pressestelle teilt dazu mit: Trotz des bestehenden Demonstrierverbotes setzen die kommunistische Partei und der Rotfrontkämpferbund die Vorbereitungen zu einem Rotfrontkämpferfest in Hamburg fort. An der Anweisung der Leitung der kommunistischen Partei, Aufstacheln des Bundesauschusses des Rotfrontkämpferbundes zur Vorbereitung des Festens zu Pfingsten in Hamburg heißt es ausdrücklich, daß

mit gigantischen Straßenspielen zu rechnen sei, die von der kommunistischen Partei und dem Rotfrontkämpferbund zu einem bewaffneten Aufstand geleitet werden müßten. Wie derartige Aufständlungen aufzulösen sind und werden, hat der Verlauf der ersten Matinee in Berlin gezeigt.

Ruhe in Berlin.

Die Kommunisten wollen das Verbrechen

Berlin, 6. Mai. (Eig.). Die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag und die letzte Nacht sind in Berlin völlig ruhig verlaufen. Es fielen weder auf dem Wedding noch in Prenzlauer Schiffe, Samstags hat die Polizei vom Sonnabendabend bis zum heutigen frühen Morgenstunden amähernd 100 Zwangsstellungen vorgenommen müssen. Unter den Verhafteten befinden sich zur Zeit Veronen, die an dem Aufzuge aktiv beteiligt gewesen und von den bereits verhafteten Parteilobenswerten insinuierten verraten worden sind. In dem letzten Nächten parolierte sowohl in Restfallen als auf dem Wedding ein Kommando der Polizei durch die Straßen. In der Dresdenerstraße fanden Polizeibeamte am Sonntag morgen an einem Laternenpfahl eine Schuppe ausgehängt. Die Polizei verhaftete am Sonntag in Restfallen vier Messerführer, die in politische Meinungsverschiedenheiten geraten waren. Bei einem der Verhafteten fand man einen Revolver, bei einem anderen einen Gummihüpfel.

Mitteilungen der Polizei.

Der Polizeipräsident teilt Sonntagabend mit: „Die letzte Nacht und auch der heutige Tag sind in den inneren Restfallen und Wedding ruhig verlaufen. Die Mitteilungen, die in der Sonabendnacht des politischen Schüchternes schon im Laufe des gestrigen Tages eingetreten sind, konnten deshalb noch erweitert werden. Die im Dienst befindlichen Beamten wurden durch andere ausgetauscht. Einige erst und hätten schon gestern die Anweisung, im Gebrauch der Schusswaffe äußerste Zurückhaltung zu walten. Wo noch vereinzelte Schüsse von Aufzügen abgegeben wurden, ist nicht mit sofortiger Feuer geantwortet worden, sondern die Polizei ist

Der Senat hat sich daher veranlaßt gesehen, zum Schutze des Lebens und der Sicherheit der hamburgher Bevölkerung das Demonstrierungsverbot vom 11. März in vollem Umfang aufrechtzuerhalten und jede Veranstaltung zu verhindern, die diesem Verbot zuwiderläuft. Der Senat vertritt darauf, daß die übermächtige Mehrheit der hamburgher Bevölkerung diesen Maßnahmen vollstes Verständnis entgegenbringt. Sie gelten dem Schutze der verfassungsmäßigen Freiheit, die durch Mißbrauch gefährdet ist.

Verbot für das ganze Reich?

Berlin, 6. Mai. (Eig. Funkn.). Der Reichsminister des Innern hat das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch die preussische Regierung an die übrigen Landesregierungen zum Zwecke der Kenntnisnahme, und soweit die Voraussetzungen dazu geschaffen sind, zur Nachahmung weiter geleitet. Ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den Reichsminister des Innern für das ganze Reich kann nicht in Frage kommen, da hierfür die gesetzlichen Voraussetzungen nicht. Es ist damit zu rechnen, daß die außerpreussischen Landesregierungen am Dienstag bzw. Mittwoch ebenfalls ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes erlassen.

Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes wird bei den Kommunisten natürlich wieder starke Entrüstung auslösen. Daß dies Verbot von sozialdemokratischen Ministern ausgesprochen wird, während die kommunistische Presse Vergleich mit dem Sozialistengesetz anstellt. Dazu ist von vornherein zu sagen, daß solche Analogien in jedem Falle unzulässig sind. Durch das Sozialistengesetz wurde letzter Zeit die friedliche Organisation der Staatsbürger verfolgt. Die Sozialdemokratie hat es in der schwersten Zeit der Verfolgung stets von sich gewiesen, Gewalt etwa mit Gewalt zu beantworten. Unsere Gesetzmäßigkeit ist nicht zu verletzen. Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes handelt es sich gar nicht darum, etwa eine Organisation zu verbieten. Nicht nur in den Straßen in Berlin wurde zu gewalttätiger Erhebung aufgepuscht und der Bürgerkrieg inszeniert, sondern in den Aufzügen zu dem in Hamburg geplanten Rotfrontkämpferfest war und nicht zu sein, daß diese Veranstaltung zu neuen Straßenspielen und Gemütskämpfen ausgenutzt werden könnten. Da man sieht ein sozialdemokratischer Minister nichts anderes tun als solche gefährliche Provokationsspiele zu verbieten. Aber von vornherein zur Gewalt aufgerufen, der rednet auch damit, daß ihm mit Gewalt entgegengetreten wird. Die Berliner Vorgänge haben gezeigt, wie verhängnisvoll diese Provokationsromane der Kommunisten ist. In Berlin haben 24 Menschen, meist Schuljunge, die Gemütskämpfe der Kommunisten mit ihrem Leben bezahlt müssen. Wenn man sich das schmerzliche Unglück für die Zukunft verheißt, muß man das Leben der Bürger pachten. So lange Kommunisten und Rotfront Hand in Hand mit dem Großkapital und der Geschäftselite proklamieren, und das Leben der Mitmenschen bedrohen, muß ihnen mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Um gleichen Augenblicke, wo sie erklären, im politischen Kampfe von gewalttätigen Mitteln Abstand zu nehmen, fällt auch das Verbot wieder. Bis dahin dürfte die SPD. aber noch manches Besorgnis begehrt haben.

weiterführen und hegen zu Gewalttaten.

gegen diese letzten Aufzweiger mit Durchsuchungen der Häuser, die die ganze Nacht offen gehalten werden müssen, zu Leibe gegangen.

Moskau will mehr Blut sehen.

Das kommunistische Montagsblatt, das nicht unter dem Verbot des Polizeipräsidenten Jörgisfeld fällt, teilt heute die bis in die letzten Tage von der Roten Fahne betriebene Hege fort. Es gibt die Parole aus:

„Der Kampf um die Straße geht weiter.“

Am Begräbnisstage verlassen die Arbeiter die Betriebe und beteiligen sich an dem Trauerzuge der Ermordeten.“ In dem Artikel heißt es dann an anderer Stelle: „Der Kampf gegen die Polizeiterrord für Demonstrationen, Versammlungen und Revolutionsfreiheit wird weiter geführt und vertieft.“ Ursächlich des Begräbnisses der Ermordeten Arbeiter muß eine wichtige Umgebung gegen den Polizeiterrord durchgeführt werden. Die Mobilisierung der Arbeiter in den Betrieben, Massenorganisationen und in den Wohngebieten ist durchzuführen unter den Aufrufen: „Nieder mit dem Polizeiterrord!“

Nieder mit der Sozialdemokratie!“ Das Verbrechen soll also weitergeführt werden. An den erkrankten und

von Moskau gewöhnlichen Taten sehen bisher noch 176. Es ist fraglich, ob angesichts dieses Auftrages die für heute beschlossene Aufhebung der insinuierten bereits gemeldeten Maßnahmen des Polizeipräsidenten durchgeführt werden kann.

500 Millionen-Reichsanleihe.

Mit dem Privileg der Steuerfreiheit.

Die Kassenverhältnisse des Reiches haben sich in den letzten Monaten ungeheuer verschlechtert. Nur mit großen Schwierigkeiten ist es im April möglich gewesen, die Banken zu einem letzten Vorübergangenden Kredit in Höhe von 170 Millionen an das Reich zu veranlassen. Die Zinsen dafür betragen rund 10 Prozent, 8½ Prozent Zinsen jährlich und ein Achtel Prozent Provision pro Monat. Dieser Kredit kostet also das Reich in drei Monaten 4½ Millionen Mark.

Somit die Art der Verhandlungen über diesen Kredit, als auch die Bedingungen zwingen das Reich, seinen künftigen Kassenbedarf auf anderen Wegen zu decken. Das Reich kann nicht dauernd als Bettler vor den Banken erscheinen, und kann auch nicht dauernd diejenigen Mittel des Geldmarktes für jene Zwecke in Anspruch nehmen, die den Banken nur zur vorübergehenden Verwendung überlassen worden sind. Es muß jetzt endlich nach einem Ausweg suchen, um den wachsenden Kassenbedarf dauernd zu befriedigen.

Ammer noch überlegt das Reich aus der verletzten Finanzpolitik früherer Jahre einen Festbetrag von rund 675 Millionen im außerordentlichen Etat mit. Es braucht ferner als dauernden Betriebsmittelkredit rund 300 Millionen. Außerdem sind 400 Millionen an öffentliche und private Unternehmungen an Darlehen und Bauschüssen hinzugeben worden. Nach all diesen erheblichen Einnahmen des Staatshaushalts 1928 beläuft die Stelle mit rund 100 Millionen. Schließlich über treten zu all diesen Posten noch hinzu Verkehren der Erwerbslosenversicherung, die bis Ende Juni etwa 400 Millionen betragen werden. Diesen Belastungen steht lediglich eine feste Einnahme von rund 500 Millionen aus Schatzkassengeld gegenüber, die darüber hinaus erforderlich wäre, um die öffentlichen Posten zu decken, jedoch jedes Monatsende mit seinen großen Anforderungen wesentlich mehr Geld erfordert, als im Augenblick vorhanden ist.

An der Vergangenheit mußten zur Behebung dieser Kassenverhältnisse bereits ungewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden. So wird z. B. der Reichsausgleich an die Anwaltsüberlieferung nicht in der gewohnten Weise, sondern nur in Schuldenübertragungen mit mehrjähriger Laufzeit. Außerdem wird der Sparkassen und die übrigen Sozialversicherungsträger zu verpflichten, gewisse Teile ihres Vermögens in öffentlichen Anleihen anzulegen. Auch ist geplant, den im Besitz des Reiches befindlichen Teil der Vorgeschulden der Reichsbahn gar nicht zu verkaufen, aber doch zu verpfänden.

Gegen alle diese Maßnahmen spricht vor allem das Bedenken, daß sie erst allmählich wirksam werden können, das Reich aber aus seinen augenblicklichen Finanznöten nicht befreien. Infolgedessen wird man es verstehen können, daß die Reichsregierung jedoch dem Reichsrat einen Gesetzentwurf zugeweiht hat, der eine Ermächtigung zum Abschluß einer neuen Reichsanleihe enthält, die eine Kapitalart von fünf Jahren haben soll. Der Ausgabezins ist auf 100 Prozent festgelegt, der Zinssatz soll 7 Prozent betragen. Die Anleihe soll aus von der Einkommensteuer und der Vermögenssteuer befreit sein. Für vom Erblasser genehmigte Erbschaften tritt u. a. auch die Befreiung von der Erbschaftsteuer hinzu.

Man wird akzeptieren haben, ob die Hoffnungen auf Zeichnung einer Reichsanleihe in Höhe von einer halben Milliarde gerechtfertigt sind. Nach der verunglückten Reichsanleihe im Jahre 1927 war allgemein die Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen könne. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen kann. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Ermögungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde gerechtfertigt ist. Nach der Meinung verbreitet, daß das Reich in abseh

Steuerbefreiung eine Vergütung von jährlich etwa 10 Millionen dar. Diese 10 Millionen treten zu der Summe von 7 Prozent gleich 35 Millionen jährlich hinzu, wobei die Summe bei der Kürzung auf 45 Millionen übersteigt, gleich 9 Prozent steigt.

Das Deutsche Reich hat sich heute in den kürzeren Jahren fähig gezeigt, seine hohen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Wie halten es für überaus bedauerlich, daß es nun durch die ungewohnten Schwierigkeiten, die aus der fehlerhaften Finanzpolitik der letzten Jahre entstanden sind, gezwungen ist, Maßnahmen zu ergreifen, die unter normalen Verhältnissen als unmöglich erschienen wären. Die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit des Reiches aber und die Abwendung von Gefahren, die aus der Zahlungsunfähigkeit für das ganze Volk entstehen würden, zwingt dazu, diesen neuen Schritt der Reichsregierung vorurteilsfrei und sachlich zu prüfen.

Rein Generalfreik.

In Berlin nichts zu sehen und zu hören.

Vom dem Massenstreik, den die SPD. als Protest gegen das Eingreifen der Polizei bei den Berliner Unruhen durchzuführen, hört und sieht man nichts mehr. Die kommunistischen Arbeiter hatten für die kommunistische Parole nur ein Zeichen gesetzt, es gibt in Berlin keine weiteren Betriebe, die eine rein kommunistische Besetzung haben. Auch dort ist alles still. Vereinzelt Überwältigungsmaßnahmen durch die Freigangsbanden der Massenstreik-Parole haben nur vorübergehend da und dort in einem Betrieb (z. B. bei den Berliner Untergrundbahnbauten zu Arbeitspausen geführt, die kaum ins Gemäch fallen. Die Berliner Arbeiterchaft hat die Kommunisten mit ihrer Massenstreikparole glatt abgefallen lassen.

Auch der Bezirk Halle reagiert nicht.

Halle a. S., 5. Mai. (Eig. Drahtber.) Die Reaktion der städtischen Polizeieinheit auf Mitteldeutschland ist gleich Null. In Halle wird seit Tagen in mehreren Extrazugabenden des Volkswirtschaftlichen Komitees Generalfreik aufgeführt. Kaum ein Mensch kümmert sich darum. Verschiedene Demonstrationserformungen verliefen erfolglos.

Der Bezirk Halle sollte zweifellos mit allen Mitteln in die Ergebnisse mit hineingefügt werden. Das beweist u. a. die Tatsache, daß das Mitglied des SPD.-Schulvorstandes Wilhelm Koenen seit dem 1. Mai in Halle weilte und anschließend den Auftrag hat, den Berliner Vertretern in die Hand zu arbeiten. Am Sonnabendvormittag fand eine öffentliche Kundgebung statt, in der Koenen sprach. Ca. 400 Mann, in der Mehrzahl Generalfreik, waren erschienen. Die Kundgebung wurde von einem Schimpfeprediger nicht mit einer einzigen Silbe. Wie sich die Demonstration schließlich zu einem Zuge formieren sollten, blieb die Hälfte einfach stehen und war durch feinerlei Jureden und Drohungen zum Weiterarbeiten. Sämtliche Betriebe in Halle und im Bezirk arbeiten. Die kommunistischen Parteien sind in der Mehrzahl der Fälle gar nicht zur Teilnahme erschienen. Die einzige revolutionäre Aktion der mitteideologischen Volkswirtschaftlichen Komitees bestand in der Zerstückelung zweier Schauffensbüchsen der Postfach-Buchhandlung in Halle.

Wer hat die tödlichen Schüsse abgegeben?

Die Debatte der Frage der in der Hermannstraße erfolglichen schiefen Schüsse auf den Reichstag, die tödlichen Schüsse von oben und nicht von der Polizei abgegeben worden ist. Die anderen Leichen sind inzwischen ebenfalls zum Zwecke der Debatte beschlagnahmt worden. Man will auf diese Weise feststellen versuchen, wie viele der tödlichen Schüsse von politischen Waffnern her-zühren.

Der erschlossene englische Journalist.

Die englische Regierung hat inzwischen bei dem auswärtigen Amt in Berlin Schritte zur Klärung der Entstehung des neuseeländischen Journalisten Warden eingeleitet. Es handelt sich nicht um einen Brandstifter, sondern in erster Linie um eine informative Maßnahme.

Das erste Urteil.

Am Sonnabend wurde ein Kommunikt, der am Abend des 1. Mai einen Überfall auf den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Seimann, verurteilt hatte, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um den mehrfach wegen Diebstahls, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilten 33-jährigen Arbeiter Drame.

„Der Tote klagt an!“

Der Mordanschlag in der kommunistischen Partei.

Vor wenigen Tagen ist der Redakteur der Dörfelbacher kommunistischen „Freiheit“, Oswald Dögel, aus der SPD. ausgetreten. Das Dörfelbacher Blatt greift ihn deswegen in der über-lichen Weise an. Dögel antwortete sofort mit einem äußerst auf-schreienden öffentlichen Bericht, in dem es unter der Überschrift „Der Tote klagt an“ u. a. heißt:

„Ich halte mir vorzunehmen, nur im äußersten Falle zu ent-wachen. Dieser Fall ist durch den Artikel der „Freiheit“ vom 2. Mai gegeben. Nach einer Reihe milder Beschlüssen nennt mich die „Freiheit“ einen „Schurken und Verleumdung“ und zwar wegen der Stelle meines Briefes, wo ich behaupte, daß in der SPD. alle Mittel, selbst der Mordanschlag, benutzt werden, um miß-liebige Parteigenossen zu beseitigen. Ich bin bereit, um miß-liebige Parteigenossen zu führen, daß in der SPD. der Mordanschlag gegen Parteigenossen benutzt wurde, um sie zu beseitigen. Der Tote klagt an. Entschieden werden die Dörfelbacher Arbeiter erfahren, auf wessen Befehl einer ihrer Waffner im Jahre 1923 in Wustau heim-tüchlich ermordet wurde. Das Blut Friedrich Bauers schreit nach Rache. Der Stein kommt ins Rollen. Oswald Dögel.“

Dögel bestätigt damit einen seit langer Zeit bestehenden Verdacht. Er behauptet, daß Bauer in Einverständnis mit und unter Mitwirkung der SPD. in Wustau heimtücklich ermordet worden ist. Dieser Verdacht der heimtücklichen Ermordung nach dem Tode, ist ein Vorläufer der gegenwärtig von der SPD. in Berlin erfolgten Tötung und ein Beweis mehr dafür, daß der kommunistischen Führung Menschenleben gar nichts bedeuten. Sie morgen oder läßt werden, was es ihr im „igen“ Interesse angebracht erscheint!

Anschlag auf Marschall Fenz.

Sieben Soldaten gestolzt.

Wiesing, 5. Mai. (Telefon.) Am Sonnabend wurde in der Nähe der Stadt Wiesing ein Mordanschlag gegen Marschall Fenz verübt. Die Täter waren sieben, der Zug Marschall Fenz, der selbst zufälligerweise nicht im Zug, in die Luft zu sprengen. Vier Wagen wurden dabei vollkommen zerstört. Sieben Soldaten der Leibwache des Marschalls sind ums Leben gekommen.

Deutschland und die Abrüstungsfrage.

Eine Erklärung des Grafen Bernstorff.

Genf, 4. Mai. (Eig. Drahtber.) Die Vorbereitende Abrüstungskommission nahm am Sonnabend mit dem Entschluß von 22 Staaten die von Politz-Brüchlingen vorgeschlagene Entscheidung mit einigen Veränderungen an. Rußland und China stimmten gegen die Entscheidung;

Deutschland enthielt sich der Stimme.

Die Entscheidung besagt: Die Kommission beschließt, nach dem sie die Methode direkter Verhandlungen des Kriegsmaterials verworfen hat und feststellt, daß die indirekte Begrenzung des Kriegsmaterials eine allgemeine Zustimmung ist, daß die Begrenzung des Materials auf dem Wege der Veröffentlichung der Rüstungsausgaben gefordert werden muß und deshalb bei der Behandlung des Veröffentlichungs-Paragraphe zu erledigen ist.“



Der deutsche Vertreter Graf Bernstorff

gab nach der Abstimmung im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung ab: „Es haben hier alle wie ich das Gefühl, daß wir an einem entscheidenden und bedeutenden Punkte unserer Verhandlungen angekommen sind. Aufgabe der Abrüstungskommission ist Vorbereitung eines Abrüstungsplanes, auf

Grund dessen die Konferenz einen ersten Abrüstungsbericht tun soll. Das Wahre der Abrüstung soll die Stoffkonferenz beschließen. Die Kommission hat die Aufgabe, entsprechend den Bestimmungen der Friedensverträge und des Rüstungsabkommens als Stützstellen zu einer wirksamen Herabsetzung der Rüstungen offen zu halten und die Wege dafür zu weisen. Das hat die Kommission auch noch in der ersten Woche ihrer diesmaligen Tagung anerkannt. Wie sieht es aber heute damit? Während hinsichtlich der Marinefragen diesmal ein erfreulicher Beginn zu verzeichnen ist, hat man von den Elementen der Landabrüstung die wesentlichen Faktoren beiseite gelassen. Die Kommission hat ihre Aufgabe hinsichtlich der Landabrüstung aus dem Auge verloren.“

Ich habe seit Jahr und Tag mit allen Kräften in der Kommission gearbeitet und die Verantwortung für deren Arbeiten geteilt. Meine Regierung hat aber nie einen Zweifel darüber geäußert — ich erinnere an die Ausführungen des deutschen Reichsvertreters auf der letzten Abrüstungskonferenz —, daß sie eine Lösung ohne Erfüllung aller Rüstungsanforderungen und ohne fähigere Bereinigung der vorhandenen übermäßigen Rüstungen als erste Etappe nicht annehmen könnte, denn sie widerspräche dem Grundgedanken des Paktens und der Verträge. Ich muß daher von dem Programm, das die Mehrheit der Kommission hier aufstellt, entschieden abtrüben und ihr von jetzt ab die volle Verantwortung für die Vorbereitung der Konferenz überlassen.“

Nach frühmorgens werden meine Gedanken und meine Kritik sein, wenn wir uns hier nicht erst in einem vorbereitendem Stadium befinden. Nicht in dieser Kommission, sondern auf der Abrüstungskonferenz selbst wird die endgültige politische Entscheidung über das Abrüstungsproblem fallen. Ich lehne es ab, das letzte Verhalten der Mehrheit der Kommission in der Frage der Landabrüstung als das letzte Wort der hier vertretenen Regierungen und der Regierungen, die nicht in der Abrüstungskonferenz vertreten sind, aber auf die Konferenz Delegierte entsenden werden, anzusehen. Angesichts des ungeheuerlichen Erstes der Lage appelliere ich an alle Regierungen: Mögen sie bis zum Tag des Zusammentritts der Abrüstungskonferenz den Willen der öffentlichen Meinung und den immer dringlicher werdenden Ruf aller Völker endlich beherzigen lassen und ihre Delegierten mit anderen Weisungen versehen als es diesmal geschehen ist, und zwar mit Weisungen, die wirklich dem Ziele der künftigen Konferenz, „um die Herabsetzung einer tatsächlichen Herabsetzung der Rüstungen entsprechen.“

Doch noch Einigung in Paris?

Die Deutschen nehmen den Vermittlungsvorschlag an.

Paris, 5. Mai. (Eig. Drahtber.) Der Antrag der Denzler ist eine Klärung der Lage auf der Sachverständigen-Konferenz wieder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin zu erwarten. Die Amerikaner entziehen in diesen Tagen eine früher bei ihnen nicht getragene Aktivität. Es ist ihnen tatsächlich gelungen, die deutsche und einen Teil der alliierten Delegationen auf der Grundlage des jüngsten Vermittlungsvorschlages, der eine mittlere Anzahl von 2 Milliarden vorschlägt, einander nahe zu bringen.

Die Hauptforderungen

liegt im Augenblick bei den Franzosen und Belgiern, die zwar nicht mehr ganz so unerschütterlich sind wie in der vergangenen Woche, aber im großen und ganzen noch immer an den im Memorandum fixierten Forderungen festhalten. Von deutscher Seite ist die endgültige Annahme der amerikanischen Vorschläge von einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht worden, durch die u. a. auch die Möglichkeit einer positiven Reaktion des neuen Schatzungsplans ausdrücklich offen gehalten werden soll. Auch hierüber scheint sich die Diskussion außerordentlich schwierig zu gestalten, so daß es trotz der beträchtlichen Fortschritte, die in den letzten Tagen unabweisbar erzielt worden sind, sehr gewagt wäre, ein endgültiges Urteil über die Verhandlungsaussichten fällen zu wollen. Wie die Dinge liegen, heißt sich die Konferenz in diesen letzten Tagen immer mehr zu einem Ringen zwischen Deutschland und Frankreich zu. Man sollte jedoch nicht annehmen, daß die französische Delegation lediglich wegen einer Differenz von 200 Millionen ermüdet die Konferenz scheitern zu lassen beabsichtigt. Ebenfalls legt man sich hier fraglos Reserven auf den schweren Folgen ab, die ein endgültiges Scheitern der Verhandlungen auch für Frankreich haben müßte.

Die deutsche Erklärung

Paris, 5. Mai. (Eig. Drahtber.) Von der deutschen Delegation zur Sachverständigenkonferenz wurde am Sonnabend folgendes Kommuniqué ausgegeben: „Am Sonnabend-Rachmittag hat eine Befragung der Glaubigergruppen stattgefunden. In dieser Befragung hat der Vorsitzende des Komites Fiffers für den Zustimmungspunkt mit dem Hinweis, daß ihm die deutsche Delegation erklärt habe, daß sie bereit ist, diese Forderungen unter ganz bestimmten Bedingungen anzunehmen, wenn die Glaubigergruppen ebenfalls zur Annahme bereit seien. Die Glaubigergruppen haben die Erklärung abgegeben, daß sie den mitgeteilten Vorschlag einer sofortigen Prüfung unterziehen würden.“

Schätzungen Vorbehalte.

Die alliierten Delegationen haben sofort nach Bekanntwerden des neuen Kompromißvorschlages an Dr. Schacht die Bitte gerichtet, seinen Standpunkt schriftlich zu fixieren, ebenso wurde Owen Young um nähere Auskunft, vor allem darüber gebeten, wie er sich die Verteilung der vorgeschlagenen Summe auf die Alliierten denke.

Allgemein herrscht der Eindruck, daß nach Rückkehr des französischen Delegierten Morron sich der Hauptkampf um die von Schacht formulierten Vorbehalte entzünden werde. Franco hat die Konferenz hier noch Kräfte zu überwinden, deren Vorbehalten sich jetzt noch vor allem auf die großen Optimisten wahren läßt. „Welt Posten“ glaubt allerdings zu können, daß diese Vorbehalte sich vor allem auf die Kommerzialisierungsmethode beziehen, sowie Verteilungen betreffen, die Deutschland durch die zukünftige Reparationszahlung zu erhalten wünsche. Heute den deutschen Delegation soll sich, wie wir erfahren, auch die Forderung nach einer Klärung befinden, die die Möglichkeit einer Revision offen hält für den Fall, daß die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen das deutsche Leistungsvermögen übersteigen sollten.

Pariser Kommentare.

Paris, 6. Mai. (Eig. Funtn.) Die gesamte französische Presse kommentiert eingehend die durch die Annahme des neuen Kompromißvorschlages durch die deutsche Delegation geschaffene Lage. Nach den Berechnungen der Blätter stellte sich der Kapitalwert des amerikanischen Kompromißvorschlages, auf dessen Boden sich die deutsche Delegation unter gewissen Vorbehalten ge-

stellt hat, auf 30½ Milliarden, während im alliierten Memorandum 30½ Milliarden verlangt werden. Daraus ergibt sich eine deutsche Konzeption an die Alliierten im Werte von 10 Milliarden, die aber immer noch eine Differenz von 3 Milliarden offenläßt. Die von Deutschland nach dem amerikanischen Kompromißvorschlag zu leistende Jahreszahlung würde sich auf 250 Millionen Goldmark belaufen und — wie herangezogen wird — noch dadurch eine Verringerung erfahren, daß der Zinsbestand für den Dauerplan in Höhe von 70 Millionen Goldmark abgesetzt wird. Für Deutschland ergäbe sich demnach dem alliierten Memorandum gegenüber ein Abschlag von insgesamt 145 Millionen Goldmark pro Jahreszahlung.

Die Presse äußert sich zu der öffentlichen Notwendigkeit, daß nunmehr von Frankreich Konzeptionen gemacht werden müssen, im großen und ganzen mehr zuführend nach oben hin. Während die Blätter der Linken zur Annahme neigen, daß es auf Grund des amerikanischen Kompromißvorschlages nunmehr zu einer Einigung komme, überlegen in den Blättern der Rechten die Vorbehalte.

Noch 1,1 Millionen Erwerbslose.

Verlängerung der Arzten-Unterstützung.

Der Reichsarbeitsminister hat die Geltung des Dauer- und des Vorüberdauer-Paras. 29, der den Verrentierten und den Dauer- der Renteunterstützung für die Zeit bis zum 1. Mai 1929 regelt, bis zum 29. Juni 1929 in vollem Umfange verlängert.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung beträgt, wie wir erfahren, im Augenblick nur noch 1,1 Millionen. Wenn die Befreiung des Rentners anhalt, ist in den nächsten Tagen abermals mit einem beträchtlichen Rückgang zu rechnen.

Gemeindewahlen in Frankreich.

Paris, 6. Mai. (Eig. Funtn.) Ein genaues Bild über den Zustand der getrennt stattgefundenen Kommunalwahlen läßt sich noch nicht geben. Sie haben sich nach den bisher vorliegenden Meldungen fast in Paris wie im Lande in der größten Ruhe vollzogen. Die Zahl der Stimmlosen ist verhältnismäßig hoch. An etwa zwei Dritteln der Wahlkreise wird erst der nächste Sonntag entschieden. Die Veränderungen bisher sind nur minimal. Charakteristisch ist das Ergebnis in Paris. Hier wurden von 80 zu vergebenden Sitzen 44 im ersten Wahlgang endgültig besetzt. Die Gemeindewahlen sind bis auf eine einzige Stadtstimmlose. Der Erste, ein Radfahrer, konnte seinen Sitz einem Mitglied der Nationalen abgeben.

Wenn die Wahlen keine wesentlichen Veränderungen im Bestande der Parteien gebracht haben, so bedeutet das allen für die Linke einen unbedeutenden Erfolg. Die Linke konnte nämlich ihre im Jahre 1924 in der Sitzung des Ministeriums erzielten Erfolge in vollem Umfange behaupten, allerdings sind Veränderungen eingetreten: in mehreren Städten konnten sich Radfahrer an die Stelle der Sozialisten setzen. So haben die Radfahrer den Sozialisten den Städtort von Brest abgenommen, auch in Bordeaux und in Marseille, wo beide Male Stimmlose stattfinden müssen, sind die Sozialisten, den bisherigen Anhängern der Einheitspartei, ebenfalls abgenommen. In Genes hat der Sozialist, der bisher der Gemeindefreier der sozialistischen Partei, Bauer, heute in der Wahlkreise geblieben. An Strasbourg steht der sozialistische Bürgermeister Belotres in glänzender Stellung. Am nächsten konnte sich die Linke in den Städtorten von Le Havre, Lille, Reims, Alençon, St. Quentin mit Mehrheit behaupten.

Die Kommunisten haben auf der ganzen Linie einen beträchtlichen Rückgang erlitten. In Paris sind die Sozialisten bis auf vier bis fünf ihrer Ständebanden durchgedrungen haben, in anderen ihrer Pariser Hochburgen sind sie jedoch von den Sozialisten ebenfalls ge-

Die Sachsenwahl.

Der Aufmarsch der sächsischen Parteien zur Landtagswahl ist erfolgt. Am 12. Mai wird die Schlacht geschlagen. Schon jetzt zeigen sich die Kampfpositionen klar ab. Die Sozialdemokratie ist der große Gegner, dem der Antium oder anderen Parteien gilt. Die nationalsozialistische, aber kommunistisch, es bleibt sich gleich. Sie helfen vereint, sie kämpfen vereint, sie tönnen alle nur einen Feind: Die Sozialdemokratie.

Die Kommunisten führen den Kampf nicht etwa gegen die sächsische Reaktion, sondern gegen die Sozialdemokratie. Sie gestalten in zwei Gruppen, die Brandler-Kommunisten und die Zentrale-Kommunisten. Die Brandler-Kommunisten wollen mit Hilfe der Einheitsfrontpolitik die Sozialdemokratie entlarven und damit niederringen, die Zentrale-Kommunisten wollen sie lieber gleich nach dem alten Rezept zerfressen.

Auf dem bürgerlichen Hügel ist der Versuch, eine Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien aufzustellen, gescheitert. Man hat dafür Bürgerlisten unter sich geschlossen und eine Einheitsfront des Kampfes gegen die Sozialdemokratie hergestellt, von der sich nur die Demokraten ausgeschlossen haben. Anstatt dessen ist, obwohl gerade im bürgerlichen Lager in Sachsen die Verpfählung sehr groß ist, von einem Abstumpfen der bürgerlichen Parteien untereinander nichts zu vernehmen. Der Kampf gilt der Sozialdemokratie und die bürgerliche Regierung mit den Nationalisten an der Spitze führt ihn. Die Nationalisten wollen natürlich Sie sind politisch hoffnungslos desorientiert, die Form ihres Kampfes ist gültig auf dem Niveau eines kleinen sogenannten Berliner Mittelständlers angelegt, das von den Regenten der Sozialdemokratischen Partei redigiert wird und im Dienste der gleichen Bewegung steht. Die persönliche Verehrung, die Methode der Entwürdigung durch solche Leute, das ist die Hauptform, die der bürgerliche Kampf in Sachsen angenommen hat.

Im bürgerlichen Lager sind bei dieser Wahl keine Parteien eingetreten. Es ist eine neue Seite sächsischer Landpolitik aufgetaucht, die offensichtlich nur dazu bestimmt ist, unter falscher Färbung für die Deutschnationalen Wauerung zu bestehen. Die Firma Christlichdemokratische Bauernpartei, die 1926 das Geschäft des Wahlkampfes für die Deutschnationalen bestrug, taucht diesmal nicht auf. Der erste in der Reihe der sächsischen Bauernpartei aufgetaucht. Das sind die Landwirte, die mit dem Treiben des Landbaus nicht einverstanden sind.

Am Ruder der Christlichdemokratischen Partei haben die verschiedensten Interessengruppen sehr heftige Kämpfe gegeneinander geführt. Die Christlichdemokratische Partei tritt die sächsische Sozialdemokratie reiblicher. Der erste in der Reihe der sächsischen Sozialdemokratie, der bisherige Landtagsabgeordnete, ist nicht wieder aufgetaucht worden ist. Bei der Deutschen Volkspartei hat der frühere Kultusminister Dr. Kaiser, der jetzt einen Kandidatentypus inne hat, auf eine Wiederanstellung verzichtet; ebenso wird der bisherige demokratische Abgeordnete und frühere Kultusminister Dr. Seyditz nicht wieder in den Bundtag zurückkehren.

Auf der Seite der Nationalsozialistischen Partei für Ostdeutschland kandidiert an der Spitze der frühere sozialdemokratische Reichsstaatsabgeordnete Ministerpräsident Sud. Er ist der Mann in der Partei, der noch einmischen an der Spitze einer Liste repräsentieren kann. Er war bereits im Jahre 1926 Spitzenkandidat, aber nur aus Zuspätkommen. Diesmal bedeckt er angeblich eine Wahl annehmen. Es ist nach den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl sehr zweifelhaft, ob die NSDAP auch nur ein Mandat für den sächsischen Bundtag behaupten wird.

Die Sozialdemokratie sieht der Wahl mit fester Zuversicht entgegen. Anknüpfung des geschlossenen Antiumens gegen die Sozialdemokratische Partei tritt das Bestreben der kommunistischen Politik besonders stark hervor. Es muß eine ganz besondere Ehre sein, Mitarbeiter eines reaktionären sächsischen Bürgeramts zu sein, das zum kurzfristigen und kurzfristigen in Deutschland gehört. Hier helfen mit untern sächsischen Freunden, daß der Antium der Gegner von rechts und links stetig abgedrängt wird und schließlich der sächsischen Sozialdemokratie dazu den besten Erfolg!

Ein Justizverrum.

Wiedereröffnungsvorverfahren im Fall Dujardin.

Der dem Ankerbürger Schurmerger beginnt am heutigen Montag das Wiedereröffnungsvorverfahren im Fall des sächsischen Bauern Paul Dujardin, der vor zehn Jahren wegen angeblichen Mordes an lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden war. Im Mai 1919 war der Beteiligte Baquet in Klein-Kohlschlag im Gefängnis in Berlin und durch einen Revolverduell getötet worden. Dujardin war in jener Zeit bei Baquet eingekerkert. Er wurde als vermeintlicher Täter verurteilt und vor das Schwurgericht gestellt. Die Anklage ging davon aus, daß der Genarrm ein Verhältnis mit der Ehefrau Baquets unterhalten und daher den Mann ermordet habe. Obwohl dafür nicht die Schichten eines Beweises zu erbringen waren, erfolgte die Verurteilung Dujardins wegen Mordes. Die mitangelegte Frau Baquet wurde ferner Zeit freigesprochen. Anknüpfung hat sich herausgestellt, daß die Ermittlungen der Gendarmerie in Klein-Kohlschlag außerordentlich unzulänglich waren. In einem umfangreichen Gutachten legt der Regierungsrat und Kriminalrat im preussischen Ministerium des Innern Dr. Poppe seine wohlgegründete Auffassung dar, daß Dujardin unter keinen Umständen als Täter in Frage komme. — Zu der neuen Verhandlung sind ungefähr hundert Zeugen geladen.

Zum Kapitel Todesstrafe.

Ein beachtenswertes Beispiels.

Der Staatsprokurator für Berlin, Dr. Carl Finkenburger, legt seine langjährigen Erfahrungen in folgenden Sätzen zusammen: Ich habe während meiner einundzwanzigjährigen Tätigkeit als Leiter von Zuchthäusern, eine große Reihe von Märdern, die in Folge Begnadigungsschuld vom Tode befreit worden sind, beobachtet. Die meisten dieser Märdern sind, mit besonders furchtbar, auch besonders furchtbar gemacht. Ich habe nicht an zu sagen, daß ich unter diesen Märdern Persönlichkeiten kennen gelernt habe, die mir menschlich sympathischer und sozial wertvoller erschienen sind, als solcher unbedeutende Zeitgenosse.

Volksentscheid in Coburg.

Auf Veranlassung der Nationalsozialisten fand am Sonntag in Coburg ein Volksentscheid über die Auflösung des Stadtrates statt. Es lauteten 6914 Stimmen für und 4266 Stimmen gegen die Auflösung.

17jährige Fliegerin bricht Weltrekord.



Die Weltrekord-Fliegerin Elinor Smith.

Die amerikanische Fliegerin Elinor Smith stellte im November sich einen neuen Zwerchflugrekord für weibliche Flieger auf. Sie flog über Unterfranken 26 Stunden 22 Minuten in der Luft und blieb, ohne daß das „schwere Geschick“ zu gewaltigen Leistungen imstande ist.

Knüttelpolitik.

Die Kommunisten treiben Politik nach dem Grundsatz des Zumpfelektors. Der Knüttel und die Faust regieren die Stunde. Die kommunistische Opposition, die diese politischen Methoden an eigenen Leibe erfährt, liefert abermals ein Beispiel von dieser Sorte Politik. Wir sehen im Leipziger Brandler-Organ die folgende Aufzählung:

„Am 7. März wurde in Hartau bei Chemnitz Heinrich Brandler hinterzerrt überfallen, wobei ihm der Kettner aus dem Gefolge gefolgt wurde.“

„Am 8. März wurde in Zwickau-Marienhof in einer Parteimitgliederversammlung die Stadtverordnete Hinfel von einem KKK-Kommando überfallen und aus der Versammlung herausgeworfen.“

Der Genosse Hänel-Chemnitz, Betriebsrat, wurde nachts 12 Uhr von einer Gruppe KKK-Mitglieder auf offener Straße überfallen und zu Boden geschlagen.“

Am 15. April wurden in Leipzig oppositionelle Genossen von halbpolitischen Büchsen der roten Jungfront überfallen und geschlagen.“

Am 18. April wurde in Chemnitz Genosse Max Weiermann von 13 Zentral-Kommunisten überfallen und aus schwerer mißhandelt. Weiermann wurde Knüttelverletzt verwundet aufgefunden.“

Das Brandler'sche Organ zählt ferner eine Reihe von Verhaftungsangriffen auf, wobei halbpolitische, mit Dolchen besetzte Knüttel und in einem Falle gemeinsam mit Zuhältern und Nationalsozialisten ihre Hebelrollen gegen über den oppositionellen Kommunisten spielen. Das ist ein gewisses Bild der kommunistischen Methoden, geeignet von den Kommunisten selbst!

Ein bemerkenswertes Urteil.

Zahlreiche vorbestrafte Menschen haben in der Öffentlichkeit unter dem Titel einer einmal erhaltenen Strafe schwer zu leiden. Mögen sie in der Folge auch eine noch so lächerliche Lebensführung zeigen, so fühlen sie doch zahlreiche ihrer Mitmenschen bedauern, über sie mitleidig den Satz zu hören: Am Hinblick darauf ist ein vom Reichsgericht gefälltes Urteil bemerkenswert. Ein Angeklagter hatte vor zwölf Jahren von einem preussischen Gericht eine Freiheitsstrafe erhalten. Im Laufe des Verfahrens hatte sich ein Mann für Lebensverweigerung auf dem Körper des Mannes interessiert. Es wurde daher eine Photographie des Verurteilten hergestellt. Diese Aufnahmen waren dem Kriminalrat übergeben worden. Anknüpfung war der Mann begnadigt worden und hatte sich mit großer Mühe wieder eine gute Stellung im Leben geschaffen. Da, im Herbst 1928, mußte er von Gefängnisfreunden hören, daß auf der Frankfurter Polizeiausstellung im Rahmen einer Abteilung „Lebensverweigerungen von Verurteilten“ auch seine Photographie ausgestellt sei. Daraufhin verlangte er den preussischen Staat auf Schadenersatz. Das zuständige Oberlandesgericht gab der Klage statt. Das Reichsgericht als Revisionsinstanz bestätigte dieses Urteil. Die Polizeiverwaltung — so wird in dem Urteil ausgeführt — habe kein Recht, das Bild eines begnadigten Verurteilten auszustellen. Dadurch wurde der wesentliche Zweck eines Gnadenaktes völlig vereitelt. Für die schuldlos Interaktion eines Verurteilten halte der Staat, wie für eigenes Verschulden. Er sei daher verpflichtet, dem Kläger Ersatz für ihm erwachsenen Schaden zu gewähren.

Der Jopf wird abgeknitten

Eine Reform des neuen Chinas.

Die Kanting-Regierung hat die Jopfracht in China verboten. Sämtliche scheinlichen männlichen Staatsangehörigen, die sich innerhalb von sechs Monaten nicht den Jopf haben abknipfen lassen, werden bestraft. Außerdem hat die Kanting-Regierung angeordnet, daß die Verfilmungen der Jopfe den Kanting-Regierung verboten wird. Diese beiden Verordnungen traten am 1. Mai in Kraft.

Stahlhelmer und Kommunisten.

Am Sonntag kam es in Königsberg im Verlauf einer Stahlhelmlindegung zu Schlägereien zwischen Stahlhelmen und Kommunisten. Ein Stahlhelmer wurde durch mehrere Messerstiche in die Leber verletzt. Die Polizei hatte die Hände nicht zu tun.

Die Bayerische Volkspartei hat am Sonnabend den bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Schiffer mit knapper Mehrheit zum Reichstagen gewählt. Schiffer ist Oberleutnant im Infanterieregiment. Er gilt als der bemunnteste Agitator der Bayerischen Volkspartei, und ist in dieser Eigenschaft eine der Hauptstützen des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dr. Held. An seiner Person verpersönlicht sich daher der tabulose Rechtschutz der Bayerischen Volkspartei. Schiffer ist außerdem weißblauer Demokratisch bis auf die Knochen.

Sorgen der Monarchen. Der britische Sohn des Königs Georg von Griechenland, Herzog von Gloucester, überreichte dem japanischen Kaiser den Höflichkeit. Der Kaiser antwortete mit der Verleihung des großen Ordens des Aufgehenden Morgens.

Einführung der Todesstrafe in der Schweiz abgelehnt. Der vom schweizerischen Ständerat eingeleitete Beschluß für die Reform des schweizerischen Strafrechtsgesetzes hat mit Stimmenmehrheit die Einführung der Todesstrafe in der Schweiz abgelehnt. Das Höchstmaß der Zuchthausstrafe wurde vom Höchstmaß von 15 auf 20 Jahre erhöht und für die Gefängnisstrafe ein Mindestmaß von drei Jahren befestigt.

Kleine Chronik.

Kappist und Verbrecher.

Das Chemnitzer gemeinsame Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Handlungsgehilfen Stanislaus Zielinski zu drei Jahren drei Monaten Zuchthaus, sechs Jahren Ehrverlust und zur Stellung unter Polizeiaufsicht, den Konstruktive Albert Böhler zu drei Jahren Gefängnis und den Arbeiter Stanislaus Laus Bertha zu sechs Monaten Gefängnis. Die Angeklagten hatten in Chemnitz zahlreiche Diebstahls verübt. Die Angeklagten hatten zuerst einen Fahrradhändler einen erheblichen Betrag abgeholt, wenige Tage später hatten sie ein Sporthaus vollständig ausgeräumt.

Außerordentlich charakteristisch ist der Lebenslauf des Angeklagten Böhler. Er hatte sich im Krieg als Gefangenenerlöser zum Heresident gemeldet und war nach dem Krieg zur Reichswehr übergegangen. Am Jahre 1920 beteiligte er sich am Kapp-Putsch. Daraufhin wurde er aus der Reichswehr entlassen. Trotzdem wurde er später mit falschen Papieren versehen, um für die Reichswehr geheime Waffentransporte durchzuführen. Am Jahre 1923 wurde er zum ersten Mal wegen Diebstahls bestraft.

Drei Christen verurteilt. Auf Grund des Beschlusses des Breslauer Oberlandesgericht wurde Graf Christian von Solberg aus der Zeit entlassen. Er sollte jedoch nicht nach Hannover zurück, sondern sollte mit seiner Mutter mit unbekanntem Ziel nach Hildesheim weiter. Am Sonntag herrschte eine sehr geringe Stimmung gegen den König. Besonders mit ihm verübt, daß er ursprünglich zwei völlig unschuldige Menschen des Todes verurteilt hatte.

Verurteilter Polizeibeamter. Das erweiterte Schöffengericht in München-Gladbach verurteilte den Polizeipostler Karl Keuter von dortigen Polizeipräsidenten zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe. Keuter, der bereits über 25 Jahre im Dienst steht, leitete das Verpflegungswesen für Mannschaften und Pferde. Er hatte im Laufe eines Jahres über 4000 Mark mit Hilfe gefälschter Rechnungen veruntreut.

Erdbedenkatastrophe in Zartmannen. Bei einem Erdbeben in Zartmannen stürzten in dem Ort Hilschob hundert Gebäude ein. Eine Person wurde getötet, 26 wurden verletzt. Der Detektiv wurde in ein Zimmerversteck verwandelt. Hier fand man zehn tote und 15 Verletzte. Am Oberrhein der perfiden Grenze machte die Erdbeben von einem heftigen unterirdischen Geleise begleitet.

Laufend Menschen beim Erdbeben in Zartmannen umgekommen. Bei dem Erdbeben im Gebiet von Hilschob in Zartmannen sind nach ergänzenden Meldungen laufend Menschen getötet worden. Mehrere Dörfer wurden vollkommen zerstört.

Überfall auf einen Zellungsboten. In Berlin-Wilmersdorf wurde ein 25jähriger Zellungsbote auf der Treppe eines Hauses, wo er Abkommensbeiträge kassierte, von einem Fremden überfallen. Der Täter warf ihm eine Hand voll Pfeffer in die Augen, entziehm ihm seine Aktentasche und flüchtete. Die Tafel enthielt 180 Mark Bargeld. Man nimmt an, daß der Räuber es zunächst nicht auf den Zellungsboten abgesehen hatte, sondern auf den Wächter, der einige Minuten vorher die Wachen eintraf. Auf dem Anruf wurde der Wächter durch den Wächter in die Augen geschossen. Die Tafel enthielt 180 Mark Bargeld. Man nimmt an, daß der Räuber es zunächst nicht auf den Zellungsboten abgesehen hatte, sondern auf den Wächter, der einige Minuten vorher die Wachen eintraf.

Tod im Jähsturz. In Frankfurt a. M. wurden zwei Polizeibeamte in einem Polizeiaufzug am Hauptbahnhof tot aufgefunden. Die Beamten hatten einen schweren Handwagen in den Aufzug geholt. Es wurden offenbar bei einem plötzlichen Ausweichen des Handwagens und Fahrstuhlknopf zerquetscht.

Die Geliebte erschossen. In Driesen (Neumark) wurde die 25jährige geisteschwache Arbeiterin Marie Quast im Stadtwald erschossen aufgefunden. Man nahm ursprünglich an, daß ein Selbstmord vorliege. Die Ermittlungen der Polizei ergaben jedoch, daß das Mädchen von dem jugendlichen Arbeiter Kästlich, mit dem sie ein Verhältnis hatte, erschossen und dann aufgehängt worden war. Kästlich gab die Tat zu. Als Motiv gibt er an, daß das Mädchen ihn häufig beschimpft habe.

Ein großes Wildweidendrama spielte sich am Sonnabend abend in einem der großen Pariser Boulevards ab. Gegen 10 Uhr beobachteten die anwesenden Passanten plötzlich wie ein Mann hinter einem anderen herfiel und Kesselnstöße auf ihn abgab. Das Opfer brach schließlich vor einem Scheuenteufel zusammen. Sein rasender Verfolger gab aber, ehe er daran gehindert werden konnte, noch zwei weitere Schüsse auf den bereits Schwerverletzten ab. Schoner verletzt wurde der Verfolgte ins Krankenhaus gebracht. Aus dem Aufzug des Attentäters ergab sich, daß es sich um ein Wildweidendrama handelte. Ein Boyer hatte sich einer Tänzerin genähert, mit der bereits ein bestimmter Tänzer der Oper ein Verhältnis unterhielt. Dieser riefte sich daraufhin an seinem Rivalen. Der Zustand des verletzten Boyers wird als sehr ernst bezeichnet.

Schiffsuntergang an der japanischen Küste. In der Nähe des Hafens Turaga ist ein russischer Dampfer in schwerem Sturm gesunken. Bisher hat ein japanischer Dampfer, der die Hilfe-Rufe des russischen Dampfers aufgenommen hat, 250 Personen gerettet. Wieviel Personen bei dem Unglück ums Leben gekommen sind, steht bis jetzt noch nicht fest.

24 Opfer eines Hausbrandes. Nach einer Meldung Berliner Wälder aus Chitago wurden beim Sturz eines dreifloßigen Hauses, das sich im Wald befindet, 16 Arbeiter getötet und neun verletzt.

Waldbrand bei Berlin. In der Nähe von Friedrichshagen bei Berlin brach am Sonntag nachmittag ein Waldbrand aus, dem 25 Morgen Reichsforstung zum Opfer fielen. Das Feuer konnte erst nach drei Stunden gelöscht werden. Man vermutet, daß der Brand auf Brandstiftung zurückzuführen ist.

Der Gestand aus Hof. In Delftschichten wurde am Sonntag morgen aus einer Wohnung heraus Gasgasch nachgenommen. Die sofort benachrichtigte Polizei stufte gemauert die nicht verfloßenen Türen und fand ein Klempner mit seinen zwei Kindern bewußtlos in den Betten auf. Alle vier Personen wurden sofort dem Krankenhaus zugeführt, wo sie bald nach ihrer Einlieferung verstarben. Der Besondere zur Tat dürfte auf wirtschaftliche Notlage zurückzuführen sein.

Bezugsgläser Luftballon. In der Nähe von Stargard in Pommern landete am Sonntag der aus Bitterfeld kommende Ballon „Gute“ ohne Besatzung. In der Gondel fand man einen Mann und Damen-Mantel, außerdem eine Handtasche und Lebensmittel. Die aufgefundenen Papiere ergaben, daß es sich bei den Besatzern um einen Major Heinrich Reigle und dessen Tochter aus Bitterfeld gehandelt haben muß. Man vermutet, daß ihnen ein Unglück zugefallen ist.

Carl Schickerling

Goldschmiedemeister

Meine Schaufenster zeigen Ihnen einen Teil der kolossalen Vorteile, welche ich Ihnen damit biete

Der Festzug Nr. 206, der von der Duerlinsburgerstraße abgeht und hinter der Zehnhöfenstraße entlang nach Süden bis zum Kolonnenweg am Goldbach führt, erhält die Beschriftung „Chitrase“.

Die Polizeiverwaltung.

Beschluß.

An dem Konkursverfahren über das Vermögen der Ehefrau Gertraud Dorothea Karle geb. Zange in Halberstadt, Wendenburgerstraße 11, haben eines Teilungenscheinverfahrens, wird an Stelle des extrantigen Kaufmanns Demme der Kaufmann Edwin Dörge in Halberstadt, Einweisung zum Konkursverwalter bestellt.

Dalberstadt, den 4. Mai 1929.

Das Amtsgericht.

Holz-Verfeinerung.

Dienstag, den 7. d. Mts., von 10 Uhr ab, werden in der Gesellschaft (Fortschritt) die in den Schlären 1-12 im Gießhahn und auf der Altenburg liegenden Häuser öffentlich meistertend gegen gleich bare Veräußerung versteigert:

- 8 rm Nieren u. a. Flächen
- 84 rm Nieren u. a. Flächen I. Klasse
- 116 rm Nieren u. a. Flächen II. Klasse
- 2 rm Nierenanlagen III. Klasse

Cuedlinburg, den 3. Mai 1929.

Der Magistrat.

Schlachthof-Freibank Dienstag von 9 bis 10 Uhr Rind- und Schweinefleisch.

Am Mittwoch, den 8. Mai keine Sprechstunde!

W. Küttner, Dentist

Brettelweg 34 Fernsprecher 1907

Impfe nachmittags

während der Sprechstunde

Dr. Otten, Samstedstr. 28

Verreist bis Mitte Juni!!

Vertretung: S.-R. Dr. Nagel
S.-R. Dr. Schmidt
S.-R. Dr. Spiller

S.-R. Dr. Hentscher

Kein

Fahrrad-Diebstahl

durch Hano-Radschutz

Fahradiebstahl-Versicherung unter Reichsaufsicht

Berzirksdirektion Halberstadt, Wilhelmstraße 14.

Vertreter werden noch eingestellt

Vertreter Sie sind heute unverbindlichen

Vertreterblättchen.

33. (259.) Preuß.-Städt. Klassen-Lotterie

Die amtliche Gewinnliste (1. Klasse) zu 10 Pfennig ist erschienen.

Gewinne, Erlaglose und Erneuerungslöse können abgeholt werden!

Die 1. Klasse ist am 10. Mai 1929 erloschen

Jetzt zur 2. Klasse ist es für neue Mitglieder noch Zeit, sich an der ausrichtreichen Lotterie zu beteiligen!

Die mittleren Gewinne sind am 400 000 RM. vermehrt worden

Wit 4. Das kann man in den Vorläufen schon 1000 Mark heraus gewinnen, in der Hauptziehung sogar 100 000 Mark!

Ziehung 2. Klasse am 17. und 18. Mai

Die staatliche Lotterie-Gesellschaft

Strobach, Kühllingerstr. 3 Junfermann, Alterstr. 13

Eine Frühlingskur

solle jeder, der auf seine Gesundheit bedacht ist, machen. Das Blut muß erneuert, der Organismus gelichtet werden. Das vollmächtige, blutbildende Köpfer-Schwärzler hilft in hervorragender Weise hierzu. Generalvertretung: Arthur Sturm, Biergartenhandlung, Harzstr. 6 - Fernruf 2449

Ich impfe im Mai

täglich während der Sprechstunden

Dr. Diesing

Seydlitzstraße 42

Arbeiter-Radfahrer-Verein

Sonntag, 12. Mai, im „Odeum“

Einweihungsfeier

von 6 Kinder-Saalmaschinen

Früh 8 Uhr: 50 km Zuverlässigkeitsfahrt

Start: „Odeum“

Mittags 3 Uhr: FEST-UMZUG

Anschließend: Kunst- und Reigenfahren und Ball.

Gratisverlosung: 1 Eisenortofe

Einladungen sind bei allen Mitgliedern zu haben

Der Festausschuß Der Vorstand

Streichfertige

Del-u. Lackfarben

Buntfarben, Firnis,

Schlämmkreide,

Eidhellmilch, Pinjel,

Schablonen, Gold-

und Silberbranze

Süßen-Drogerie

Walter Rathenaustr. 60

Zum Geburtstag

„Wilbra“

in allen modernen Farb-

waren empfindlich

Carl Baudorf Nachf.

Drogerie, Sobotes 6.

LichtschauSpielhaus

Spiegelstraße 7-8

Februar 1858

„LichtschauSpielhaus und Sensations-Film“

find das nicht verdammt Begriffe? War nicht früher im „goldenen Zeitalter“ des Sensationsfilms das LichtschauSpielhaus die maßgebende unterworfen? Es kam die große „Spiegelstraße“ und der Sensationsfilm wurde in den Hintergrund gedrängt. Jedemfalls hatte das, was unter der Flagge „Sensation“ segelte, nicht die Qualität, die wir unserem Publikum zu zeigen gewohnt sind: Jetzt — so scheint es — kehrt eine neue Ära des Sensationsfilms an. Ein ganz großes Schauspiel ist mit gewaltigen Mitteln hergestelt, das wir

ab morgen Dienstag bis Donnerstag, in unserer Spielplan aufgenommen haben.

„Die letzte Gala-Vorstellung des Zirkus Wolfsohn“

Alles was das Publikum von einem Sensations-, Abenteuer- und Ausstattungsstück verlangt, bietet dieser Film!

- Raffische Intrigenkomödie
- Zirkuslust
- Nachtbetrieb
- Autorennen
- Schlanke Frauenbeine
- Girls - Neger - Clowns

das alles wird im tollsten Tempo bis zur höchsten Steigerung durchgehender, dies alles bereitet sich im Flugezugtempo zu einer aufregenden Symphonie des Geschehens!

Der Gorilla Jimbo raubt ein Kind! Robert Negrell klettert die Fänge! 18 Operatoren klettert die Sensation! Ein riesiges Zirkuszelt im Flammen auf! Eine Ausstattungs-Pantomime wird gezeigt! Caeta Gambino, der Sensationsmeister wirkt mit! Caeta Gambino springt durch eine Spiegelstraße! Caeta Gambino erstickt einen 40 Meter hohen Schornstein!

In den weiteren Hauptrollen:

Gilde Jennings, Ernst Hofmann, Lydia Potekina

Als zweiten Schlager zeigen wir diesmal:

Die Liebestragödie einer Primaveren

„Liebeswachen“

Ein Spiegelbild unseres heutigen modernen Lebens. Die Geschichte einer Schililerin, die an der Liebe Schiffbruch erlitt.

Wochenschauspiel

Beginn Wochenschauspiel 1/2 Uhr

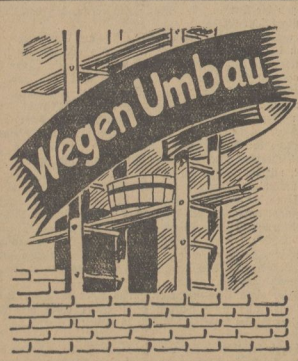
Donnerstag 3 Uhr

Ganze Wochenschauspiel trotz des großen Erfolges letztmalig: Sarah Diebitsch, der elegante Herzendrescher in

„Die Zirkusprinzessin“

Ganz Probal singt: „Zwei Mädchenaugen“ etc.

Feiner: Tom Miz in „Gallo Ceyenne“



Im UMBAU-VERKAUF

geben wir trotz unserer allseits anerkannten niedrigen Preise auf Damen- und Herren-Konfektion, sowie Teppiche, Gardinen, Steppdecken und Bettstellen

10 Prozent Rabatt!

Rahmlow & Kressmann

Goepfer's Tafelöl
Für feine Salate aller Arten, neutral im Geschmack.
1/2 Str. 80 Pfennig
Goepfer Compagnie
Butterhandlung zu den 3 Glocken
Breitweg 24.

Seden Dienstag und Freitag
frisch geschlachtet
Sauschlachtere Hahn,
Jodanmestramen 23 Halberstadt Gadenstr. 7
Telephon 1374
Auf Wunsch liefern frei Haus.
Vordachungssohl: Emilie Hahn.

Die **Kaiser Apotheke** empfiehlt
S.-R. Dr. Möllers Purgations-Tabletten
Seder-Taden
Schwarz Rabba, Nr. 58
braun Rabba, Nr. 65
Textilwarenfabrik Röber,
Halberstadt,
Duedlinburgerstraße 88.
Marz'sche Salbe, wegen
Weg'scher
Blutreinigungstee
Ratz-Messersch.

Drucksachen jeder Art liefert sauber und preiswert Halberstädter Tageblatt

Fußquäler
Hornhaut, Schwielen und Warzen
kühlt 75 Pfg. Kukirol hilft sicher! Sie erhalten
Kukirol
eine Packung Kukirol-Pflaster mit dem Garantie-Schein
kostenlos. Bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!
Kukirol-Verkaufsstellen: Drogerie Baudorf Nachf., Heheweg 8
und Drogerie Böschke, Breitweg 12.

Verteil-Literatur jeder Art zu haben im Halberstädter Tageblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290507-19/fragment/page=0004



Eine Rundgebung für die Mittelschule.

Halberstadt, 6. Mai.

Am Sonnabend und Sonntag trat der Provinzialverband Schulen im Bunde der Vereine ehemaliger Mittelschüler in Halberstadt zu einer Tagung zusammen. Es waren Vertreter aus allen Teilen der Provinz und auch aus den Nachbarprovinzen erschienen. Vertreter waren aus zahlreicher Behörden, u. a. die Stadt Halberstadt durch Oberbürgermeister Weber. Die Tagung der Vereine ehemaliger Mittelschüler war verbunden mit einer Rundgebung am Sonntag vormittag im großen Saal des Stadtparkes. Nach Wiedereröffnung und einem Ersprechen der Stadtmittelschule sprach der Provinzialvorsitzende Fehle die Begrüßungsworte. Dann hielt Stadtschulrat Dr. K. v. Nothmann seinen Vortrag über die Erhaltung der Mittelschule.

Er sprach unumwunden aus, daß die Mittelschule in Gefahr sei und keines mit Jählen die Entlassung der Schülerzahl in den letzten 15 Jahren. In der Provinz Sachsen zählten 1914 die damals bestehenden Mittelschulen in der Provinz Sachsen 24.000 Kinder; im Schuljahr 1928 wurden aber nur 11.149 gezählt. Der Unterschied in der Schülerzahl ist ganz erheblich. Es betragen z. B. in der Provinz Sachsen 73 anerkannte Mittelschulen, von denen 28 im Jahre 1919 und später gegründet wurden.

Der Geburtenrückgang wird sich auf die nachfolgende Schülerzahl erst 1930 voll auswirken, weil erst dann auch die ersten Klassen nicht mehr von den Jahrgängen mit Geburtenüberschuß zehren. Auch ein Vergleich der Schülerzahlen der Mittelschulen nach Einführung der Grundschule, also von 1919 und 1928 ergibt erschreckende Zahlen, namentlich die Schülerzahl der höheren Schulen nicht geklärt ist. Das Empfinden der Teile der Mittelschulen ist die schlimmste Krankheitserkrankung, die eine Schule treffen kann, die, wenn sie nicht befristet werden kann, zum Ende führt. Das Angebot ist da, es stellt die Nachfrage! In den Volksschulen stehen Angebot und Nachfrage in einem derartigen Maßverhältnis, daß man an der Notwendigkeit der Mittelschulen in der bisherigen Form zweifeln darf. Auf dem Lande hat die Erziehung der Volksschule noch keine großen Fortschritte gemacht, oder in den Städten bietet sich heute die Volksschule als ein Monstrum dar mit einem ungewöhnlich ausgebreiteten Unterbau und lächerlich kleinen Kopf. Fast drei Viertel aller Grundschulen gehen in andere Schulen über, und nur der kleine Rest verbleibt der eigentlichen Volksschule. Bedingt in den Suburbangebieten sind die Zahlen etwas günstiger für die Volksschule. Die Differenz der Schülerzahl in den Volks- und Mittelschulen ist heute in den höheren Schulen zu finden. Ein Ueberfluß an Abiturienten überdeckt die Universitäten und Hochschulen. Das akademische Proletariat ist im Wachsen begriffen; 1928 dürfen wir mit etwa 50.000 studentischen Akademikern rechnen. Die Volksschulen, wenn es auch nach den Folgen der Inflation zu urteilen ist, daß die Eltern betroffen sind, den Kindern Gehälter mitzugeben, die weder von den Müttern noch vom Staat geflossen werden, so ergibt sich aus der lächerlichen Einstellung der Eltern und den mangelhaften Forderungen gewisser Verbände und Organisationen ein Ueberfluß an Bewerber für die Mittelschulen.

Unterstützt wird der Zugang nach den höheren Schulen durch den Staat, der das Schulgeld einseitig senkt. Die Ueberflutung der höheren Schulen bedeutet für die Lehrkräfte selbst eine große Gefahr, oder für die Allgemeinheit zugleich eine Verschwendung an

Volksvermögen und einen verhältnismässigen Leerlauf. Die höheren Schulen sollten nur dazu da sein, Menschen zu bilden und zu erziehen, die ihrer Berufung nach die wissenschaftliche Arbeit als den wichtigsten Inhalt ihres Lebens betrachten wollen. Wer ohne diese Begabung durch ihre Tore fördert, begeht einen Fehler, denn er macht einen erheblichen Umweg über die Schule zu seinem eigentlichen Beruf. Es gibt nur eins, um die Verhältnisse zu bessern: geht der Mittelschule die Berechtigungen, die ihr nach dem Willen und nach dem Verprechen des Staates zutommen, — läßt den höheren Schulen ihre Eigenart. Der Mittelschüler soll den Weg gehen dürfen, der dem Weg seiner Bildung entspricht. Den besonders begabten Mittelschülern soll Aufstiegsmöglichkeit gegeben werden. Der Mittelschüler soll nichts weiter fordern dürfen, als was die Bestimmungen ihm vorsehen; wenn es keine Begabung und Arbeitsfertigkeiten zulassen, soll ihm der Weg zur Wissenschaft offenstehen. Die Schüler der höheren Schulen soll der Weg zu den Berufen vorbehalten werden, die durch das Abiturientenexamen erschlossen werden. Die Berechtigung der Mittelschulen muß die mittlere Reife sein. Diese mittlere Reife soll auch auf höheren Schulen zu erlangen sein, indem man die Zeugnisse für Unter- und Oberprima freilegt und dafür die mittlere Reife stellt. Den Mittelschülern muß der Übergang zu höheren Schulen erleichtert werden, indem in den Prüfungsausschüssen Mittelschüler vertreten sind und die Vorprüfung für Ober- und Oberprima abgelegt werden kann für Schulen deren Lehrplan sich dem der Mittelschulen anpaßt.

Der Redner betonte am Schluß, daß nur dieser Umweg aus der Krise, in der sich jetzt die Mittelschulen befinden, vorhanden ist. Eine Umkehrung der jetzigen Verhältnisse ist nur gegeben, wenn der Mittelschule die Befreiung gegeben werde, die sie braucht. Das geschieht dann im Interesse vieler Mittelschüler.

In einer Entschliessung, die nach dem Beifall angenommen wurde, beantragte sich die Vereine ehemaliger Mittelschüler gegen die Ungerechtigkeiten im Berechtigungswesen.

WEISSE WASCHE
DAS ZIEL
DER WEG
OZONIL

angewiesen und stellen die in der Rede des Vortragenden schon näher gekennzeichneten Forderungen auf.

Wir berichten über die Tagung der Vereine ehemaliger Mittelschüler nicht etwa aus dem Grunde, daß wir unsere Auffassung über die Mittelschule geändert hätten. Noch wie vor vertritt die Sozialdemokratische Partei den Standpunkt, daß die Mittelschule eine überflüssige Schulform darstellt und daß eine Neuordnung unserer gesamten Schulwesen anders erfolgen muß, wie sie die Anhänger der Mittelschule vorstellen. Unser Bericht trägt deshalb nur informativen Charakter.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 6. Mai.

Gedenktage

6. Mai.

1758 *Magistral Koberger. — 1840 Einführung der Briefmarke, zuerst in England. — 1856 *Rhinogalaxi Sieg. Freud. — 1859 Naturf. Alexander von Humboldt. — 1904 *Kaiser Franz von Oesterreich. — 1925 Einweihung des Deutschen Museums in München.

* Was eine Null doch ausmacht. Die Magdeburger kommunistische "Tribüne" berichtet über den Verlauf der Meißner und trägt dabei recht viel auf. Ueber die Halberstädter kommunistische Rundgebung wird u. a. berichtet: Bei der Rundgebung in Halberstadt, vormittags 10 Uhr, auf dem Hofmarkt, sprach der Genosse B. B. vor etwa 800 Arbeitern, die am Schluß beigestellt in das Hof auf die 8. Unteretage einströmten. Der Rundgeber sprach eine impotente Demonstration durch die Stadt an. — Was war das nur für eine Null, die der "Tribüne" dieses kleine Gaudelenspiel von einer "impotenten" Demonstration mit — solchen Zahlen vorführte. Nullen bedeuten ja oft nichts, deshalb ist diesem Manne großzügig für seine Schwandmütze vergeben. Davon zu sprechen, an der kommunistischen Rundgebung auf dem Hofmarkt hätten 800 Arbeiter teilgenommen, ist denn doch ein bißchen stark. Hier wurde glatt eine Null zu viel geschrieben. Mautaufreihen und Schwandeln ist auch heute noch das Privileg der heiligen wenigen Kommunisten, deren Dringruppe laun leben und sterben kann.

Die Unteroffiziere gestammelt wurde. Man ist mitleidig wurde, hat der Kreisriegerverband die Sammlung von Unterschriften gegen die Kriegsschuldlosen in die Wege geleitet. In Wehrstedt geht eine Frau von Haus zu Haus und erzählt den Leuten, man müsse die Liste unterschreiben, denn es geht, gegen unsere Feinde" vorgegeben. Die Frau merkt beim Sammeln der Unterschriften höchst ansehnliche Methoden an. — Es sind uns Fälle bekannt, in denen die Frau die Liste unterschreibt. Sie wollte in einigen Fällen nur den Namen der Hausbewohner wissen, um diese Namen in die Liste einzutragen. Ein Fall ist uns bekannt, in dem verurteilt wurde, der Namen abwesender Personen in die Liste einzutragen. Personen, die abwesend, sich einzuschreiben, wurden von ihr einfach nach dem Namen gefragt, wobei sich ein von deren Namen später in die Liste einzutragen. — Wenn der Kreisriegerverband solche Methoden in Anwendung bringen läßt, wie es hier geschieht, dann kann ihm nur empfohlen werden, ein Ueberfluß abzugeben zu lassen. Der Leitband der Urkundenfälschung ist gegeben, wenn eine Person den Namen einer anderen Person in einer Unterschrift verwendet.

An den Ufern des Hudson

Roman von Lawrence H. Desberg.

Copyright by Neue Welt Verlag, Jena.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Grace nickte, fragte dann: "Gebst heute der ganze Abend mit, oder hast du noch zu tun?"
"Ich wollte die Vorlesungen, eine kleine Spazierfahrt zu unternehmen. Du hast mich aber die Hälfte mit mir die gut tun. Ich habe doch noch eine kurze Besprechung mit Ben Lowers, dem Delegierten, von dem ich dir bereits erzählte. Es ist jetzt sechs. Wenn du um Acht zu mir kommst, können wir gemütlich kaulieren; ich schicke den Diener fort, wir werden ganz ungestört sein. Bis 8 Uhr recht!"

Sie sagte so, wie sie zu allem, was er unwillig, so sagte und lachte mit Augen bis zu seiner Wohnung. Er stieg aus und begab sich ins Haus. Grace fuhr nach dem Abend hinaus. Die anderthalb Stunden waren für Royden völlig ausgefüllt, der Diener ließ zwei Besuche ein, mit denen der junge Königsmann verhandelte. Es schien sogar jedesmal zu einer kleinen Debatte zu kommen, denn der Diener hörte laute, erregte Stimmen. Royden hatte ihm gesagt, er solle nicht mehr als vier Besuche, und so kümmerte er sich nicht weiter um die Sache, war froh, wenn er einen freien Abend zu haben. Royden selbst mußte seinen Besuchern die Tür geöffnet haben, denn er schickte nicht mehr nach dem Diener.

Pünktlich um Acht erschien Grace, öffnete die Wohnungstür mit dem Schlüssel, den der Freund für sie hatte anfertigen lassen. Sie schloß nicht und verlor sich in die Trennung, besaß sie und selbst Roydens Zärtlichkeit vermochte sie nicht zu erheitern.

"Nur noch ein paar Monate, Liebste", tröstete er sie, das seine glatte Haar freilegte. "Sobald deine Scheidung ausgeprochen ist, werden wir uns nie mehr trennen."

"Dieser lächerliche Mensch!" rief sie heftig. "Hat er mich denn nicht während unserer Ehe genug gequält? Muß er jetzt noch all diese Schmeicheleien bereiten?"

Royden betrachtete sie mit tiefem Mitleid. Er kannte die Geschichte ihrer traurigen Ehe mit einem Schauspieler, der die Zarte Frau auf alle erdenklichen Arten gequält hatte. Bereits nach drei Jahren eines Sabres hatten sie sich getrennt, doch wollte der Schauspieler nicht in eine Scheidung von seiner reichen Frau einwilligen. Zunächst lernte Grace John Rowley kennen und schon nach kurzer Zeit erkannte sie bei beiden, daß das Leben für jedes von ihnen bloß dann einen Sinn habe, wenn sie zusammen sein können. Vor zwei Monaten war es nun Grace endlich gelungen, dem Schauspieler die Einwilligung zur Scheidung abzurufen. Ihrer leidenschaft-

lichen Natur war das Warten eine Folter, jede Stunde, die sie fern von dem Freund verbrachte, deutete sie verloren.

"Weißt, daß ich so langsam bin", hat sie jetzt, an den Schreibtisch tretend, vor dem er saß, und ihm die Arme um den Hals gelegt. "Aber ich habe heute so lange gewartet, bin todmüde und mein Kopf schmerzt zum Zerplatzen."
Er blinzelte sie besorgt an; sie war todmüde, um ihre Augen dunkelten tief schwarze Ringe; das ganze zarte Gesicht war verzerrt von Schmerz.

"Arme Kleine", sagte er sanft. "Leg dich ein wenig nieder. Versuche ein paar Minuten zu schlafen."
Er nahm sie in die Arme, trug sie zur Charfouquette, ließ ihr Kissen unter den Kopf. Dann verließ er alle Lampen bis auf eine, die, dicht von einem seidenen Schirm verdeckt, das Zimmer mit einem Halbdunst erfüllte. Eine Fenster lüftung, zog er die schweren Sammetvorhänge zusammen.

"Gehe dich zu mir", hat sie. "Ich will dich ganz nahe haben, noch jeden Augenblick geniesse, den du bei mir bist."
Sie streckte die Hand nach ihm aus. Er beugte sich über sie, ihre Lippen fanden einander in einem langen, leidenschaftlichen Kuss.

Den herrlichen Frühlingsmorgen war ein kalter grauer Regen tag gefolgt. Ein schneidender Wind peitschte die Tropfen gegen die Fensterscheiben.

Grace Mathers setzte sich im Bett auf und blickte in den strömenden Regen hinaus. Ihr Kopf schmerzte; sie fühlte in allen Gliedern kleine Schwere.

"Nun ist er bereits im Zug", dachte sie mit bestimmtem Herzen. "Hat schon ein Viertel der Straße zurückgelegt. Heute abend kann ich ein Telegramm haben, morgen nachmittag einen Brief."

Sie schloß die Augen, um sich zu entspannen. Ihr Blick fiel in den großen Spiegel, der gegenüber vom Bett hing. Ein selbes Lächeln kam in ihr Gesicht. "Eigentlich ist es ja ganz gut, daß er mich heute nicht sieht. Wie häßlich ich bin, fatt, weiß in Gesicht und schwarze Schatten unter den Augen. Ich muß mich schonen, solange er fort ist."

Sie laute nach der Zeit, verlangte das Frühstück. Sie dachte mit der Waise, wie Grace die Waise des Mädchens, dessen verweintes Augen auf.

"Sind Sie Franz, Mary?" fragte sie freundlich. "Sie sehen schlecht aus."

"Nein, Frau Mathers." Auch die Stimme klang erstickt, als ob das Mädchen mit Tränen kämpfte.

"Wie bringen Sie mir die Zeitung, Mary?"
Das Mädchen wurde noch stiller.

"Frau Mathers ... bitte ... lesen Sie die Zeitung nicht ... noch nicht ..."
Mary stotterte, brach in Tränen aus.
Grace sprach mit einem Zug aus dem Bett.

"Was geschah? Was wollen Sie vor mir verheimlichen? Was soll ich die Zeitung nicht lesen?"

Kalte unerklärliche Angst schnürte ihre Kehle zu, dann aber fiel ihr etwas ein und sie lachte erleichtert auf.

"Genießt sich wieder ein Angriff auf Herrn Rowley darin. Sehen Sie nicht so fürcht, Mary, daran bin ich doch schon gewöhnt. Nicht, die Zeitung."

"Frau Mathers ... bitte ... warten Sie noch ... es ..."
Grace wurde ungeduldig.

"Bringen Sie mir die Zeitung. Ich befinde es verstehen Sie?"
Mit einer verzweifelten Gebärde entfernte sich Mary, kehrte gleich darauf mit der Zeitung zurück.

Grace rief sie ihr aus der Hand, harzte auf die erste Seite der zweiten Morgenausgabe, von der ihr mit Riesentexten etwas zu lesen. Sie las, las wieder, vermochte den Sinn der Worte nicht zu erfassen, fühlte nur, wie ihr eine eilige Kette von ihm herzen froch lähmend, betäubend. Wie aus weiter Ferne vernahm sie Marys ängstliche Stimme.

"Frau Mathers ... liebe Frau Mathers ..."
Grace biß die Zähne zusammen, ballte die Hände zur Faust, las laut, mit tonloser Stimme:

"Heute morgen wurde John Rowley, Mitglied des Kongresses, in seiner Wohnung, fünfte Avenue Nr. 33, tot aufgefunden. Es handelt sich offensichtlich um einen Mord. John Rowley ist im Verhältnis vor dem Schreibtisch, ein kleiner peripherer Dolch, der nach Aussage des Dieners, von dem Verstorbenen als Papieren benutzt wurde, war ihm ins Herz gestoßen. Der Mord muß nach der Annahme des Kongressarztes gegen elf Uhr abends begangen worden sein. Der Polizei ist es noch nicht gelungen, den Täter zu ermitteln."

Allmählich begannen die furchtbaren Worte für Grace einen Sinn zu gewinnen, stachen wie mit spitzen Nadeln in ihr Gehirn. Doch begriff sie die entscheidende Wahrheit nicht ganz, vermochte sie nicht zu fassen. Sie starrte einen Augenblick wie betäubt vor sich hin, wandte sich dann an das Mädchen:

"Mary, ist es wahr? Kann es wahr sein? ... Er ist tot ... ? Aber nein ... das kann ja nicht sein ... Gestern Abend lebte er noch ... wir waren zusammen ... er hielt mich in seinen Armen ... Mary, sprich sie auf, ist es wahr?"

Es deutete sie eine Beweise, die die Antwort kam, geflüstert, tränenerstickt:

"Ja, es ist wahr."
Da fragte sich das Unfassbare, das Grauenhafte über sie, wie eine Meereswoge, in der sie versank. Das Zimmer wurde vor ihren Augen plötzlich dunkel, durch die Nacht zuckten rubelose leuchtende Sternchen, in ihren Ohren dröhnte das Rauschen von Millionen Glöden.

Mit einem Aufschrei brach sie ohnmächtig zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Mitteldeutsche Rundschau.

1. Ein Zusammenstoß ereignete sich am 3. Mai gegen 15 Uhr in der Marktstraße. Um die genannte Zeit kam die Bauwagen der Firma B. Schr. aus Quedlinburg mit seinem Fahrerwagen über die große Bodebrücke gefahren und bog in die Marktstraße ein, wo er nicht, wie vorgeschrieben, die rechte Seite befuhr, sondern mehr nach links fuhr. Zur linken Zeit kam vom Markte her der Motorradfahrer Karl P. von hier gefahren, der in dieser Fahrtrichtung stark die rechte Seite hielt. Da die Marktstraße verhältnismäßig enge ist, konnte er an dem Überholvorgang nicht vorbeigehen und es erfolgte ein Zusammenstoß. Das Motorrad wurde hierbei schwer beschädigt. Die beiden Autofahrer kamen mit dem Schrecken davon.

Aus Quedlinburg.

3. SPD-Verammlung. In der Mitgliederversammlung am Freitag referierte Gen. Behrens über die Sanierungspläne der Stadt Quedlinburg. Dabei gab er einen kurzen Einblick in seinen Bericht über die große Bodebrücke gefahren und bog in die Marktstraße ein, wo er nicht, wie vorgeschrieben, die rechte Seite befuhr, sondern mehr nach links fuhr. Zur linken Zeit kam vom Markte her der Motorradfahrer Karl P. von hier gefahren, der in dieser Fahrtrichtung stark die rechte Seite hielt. Da die Marktstraße verhältnismäßig enge ist, konnte er an dem Überholvorgang nicht vorbeigehen und es erfolgte ein Zusammenstoß. Das Motorrad wurde hierbei schwer beschädigt. Die beiden Autofahrer kamen mit dem Schrecken davon.

Magdeburg, 4. Mai. Der Festredner der Tagung des Kabinetts „Oberländer 10“ auf einen anderen Bahn ist beendet. Die übernommene Leitung ist einmündig und daher freigegeben worden. Es wurden keine angelegenen Fälle festgestellt. Der leere Kahn „Oberländer 10“ wird kurzzeitig noch gründlich untersucht. Dabei ist gestern nachmittag eine lebende Ratte gefunden und sofort getötet worden. Diese wird untersucht werden. Eine Desinfizierung erfolgt ausgefallen, weil eine infizierte gemessene Ratte bereits verendet sein dürfte. Zute Ratten wurden nicht gefunden.

Magdeburg, 4. Mai. Schwere Unterförsung. Das Landgericht Magdeburg hatte den Postkoffer Adam und den Postkoffer Rühl zu je einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus und den Oberpostsekretär Wenig zu einem Jahr Zuchthaus wegen schwerer Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung verurteilt. Die Angeklagten waren Beamten der Postanstalt I in Magdeburg. Sie hatten auf Rentenarten die Einnahmen falls vermehrt und die veruntreuten Gelder für sich verwendet. Der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Revision ein, da das Gericht nicht auf Betrag erkannt hatte. Diese Revision wurde jetzt vom Reichsgericht verworfen.

Magdeburg, 4. Mai. Tödlicher Unfall. Am Donnerstagabend stürzte der Schiffer Otto Krause, wohnhaft Eisenstraße Nr. 41, vom Bode und zog sich eine Gehirnerschütterung zu. Kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus starb er. Schwebel, 4. Mai. 3 Monate Gefängnis für falsche Beschuldigungen. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Diplomatentelegraphen Bruno von Wendt, der früher Postsekretär der Deutschen Reichspost gewesen war, wegen willkürlich falscher Beschuldigung gegenüber einem Kaufmann v. W. zu drei Monaten Gefängnis. Es handelt sich um einen Rechtsfall auf Grund der Entlassung des v. W. aus der Postanstalt. Er behauptete, daß ihm v. W. zwei Briefe vom Deutschen Reichspostamt miderrechtlich und mit Gewaltentwendung entlehnt habe. Da er eine Beweisführung hierzu nicht antreten konnte, erfolgte das obige Urteil.

schlimmsten Zustände und mit einer Gehirnerschütterung in das Kreisstrafhaus in Burg eingeliefert worden mußte.

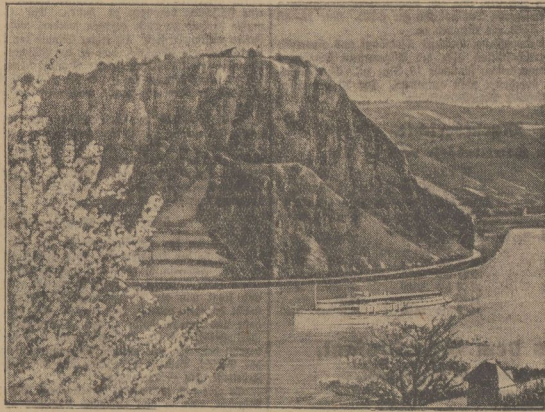
Neubauarbeiten, 4. Mai. Der Bau der Bundesbahnstation vor seiner Vollendung. Der erste Bauabschnitt der Bundesbahnstation Neubauarbeiten steht vor seiner Vollendung. Da die Bauarbeiten durch den starken Frost verzögert worden waren, so war die planmäßig befristete Belegung der Anlage zum 1. Mai nicht möglich, jedoch dürfte in allererster Zeit bereits die ersten Kantinen, etwa 60-70 Personen, Aufnahme finden können. Der Direktor, Dr. Riels, hat seine Dienstwohnung bereits beziehen können.

Egeln, 4. Mai. Ein ungetreuer Geschäftsführer. Bei der nächsten Spar- und Darlehnskasse wurden größere Unterschlagungen des Geschäftsführers Dr. S. aufgedeckt, die sich auf über 20.000 M. belaufen. Die Manipulationen wurden so geschickt ausgeführt, daß trotz zahlreicher Revisionen durch die Bankdirektionskammer keine derartigen Unterschlagungen festgestellt werden konnten. Der Geschäftsführer muß über den Verbleib des Geldes keine Angaben machen können. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Stahlfurt, 4. Mai. Der sterbende Bergbau. Das gleiche Schicksal wie den stillgelegten Solzhagerwerken in Neu-Stahlfurt, die bis auf einige Gebäude verfallen sind, soll auch dem zum Erliegen gekommenen Schächelberg II miderleben. Schließliche Abrissarbeiten (Wohlfahrt) werden abgebrochen; verbleibende soll lediglich die Kassenkasse, Bücherei und Pumpenbetrieb zur Wasserhaltung, damit keine Gefahr für die angrenzenden Gebäude entsteht. Selbst die Grundstücke sollen herausgenommen und veräußert werden. Gebläse sind von der einstigen Grube Neu-Stahlfurt riesige Müllhaufen.

Hof, 4. Mai. Todesfahrt. Auf der Straße vor Hof nach Ströberg ereignete sich in den frühen Abendstunden des Mittwoch ein tödlicher Motorradunfall. Der Fahrer Langenheiser von Ströberg befand sich mit seinem Motorrad auf der Heimfahrt von seiner Arbeitsstätte und ließ an der Kurve umweil der Bodebrücke Ströberg mit einem Kraftfahrzeug zusammenstoßen. Sein Motorradfahrer wurde unter dem Wagen gefahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. Langenheiser selbst wurde in bedenklichem Zustände ins Krankenhaus gebracht werden.

Frühling am Rhein.



Baumblüte unter dem Corvey-Felsen.

b. 5. von rund 800.000 Berliner Schulkindern, das sind 47.000 hungende Kinder in Berlin!

Wie soll eine Jugend, deren Entwicklungsbereich durch Not und Entbehrungen sich allzu früh bilden, die den Hunger und Schwäche zusammenzubringen drohen, später im Leben vollwertige, schaffende Menschen werden?

Veranstaltungen.

Das Doppelkonzert im Glimm findet am Mittwoch, den 8. Mai statt. Es wird uns hierzu gesungen. Die Leitung des ersten Teiles liegt in den Händen des Musikleiters Franz Halberstadt. Dieser wird uns im ersten Teil Wagner und Eliza zu Gehör gebracht. Als zweite Unger. Kapelle mit ihrer hervorragendsten und schmerzlichsten Modellen kommt immer wieder den Zuhörer. In der „kleinen Musikwelt“ von Mozart erlebte uns ein Kabinettstück der damaligen Zeit. Der zweite Teil des Abends wird durch Musikmeister Hans Müller-Diehlberg interpretiert. Ihm geht ein ausgedehnter musikalischer Part voraus, den er sich durch eine Zerstreuung als Generalmusikdirektor in Schwaben (Amerika) erworben hat. Die Musikfolge bringt im zweiten Teil die Einleitung „Aus der neuen Welt“ von Horat, die er zur Erinnerung an seinen dreijährigen Aufenthalt in New York komponiert hat. Außer Eibelius „Finlandia“ gelangen noch zwei Lebensbeschreibungen „Einmüder Grels“ und „Spielende Kinder“ von Schulz-Stegmann zur Aufführung. — Da die Nachfrage nach Karten sehr reg ist, empfiehlt es sich, Einzelfarten im Vorverkauf rechtzeitig zu besorgen. Vorverkauf: Kammersaal, Filmmarkt und Glimm.

Ofterwied. Alle Kameraden und deren Angehörige, welche sich bis jetzt noch nicht zur Teilnahme an dem am 2. Juni in Braunshweig stattfindenden Reichsbannertreffen gemeldet haben, müssen dies nun nachholen. Meldungen können abgegeben werden beim Bezirksleiter Kameraden Sperling, Schreiberstraße 5, Post-Corier, Reutheidenstraße und bei den Untereinstoffern.

Quedlinburg. Am Dienstag, den 7. d. Mts. im Gewerkschaftshaus wichtige Vorstandssitzung.

Quedlinburg. Am Freitag, den 10. d. Mts. jährliche Mitgliederversammlung fällt aus. Der neue Versammlungstermin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Quedlinburg. Laut den in der Mitgliederversammlung am 12. April d. Js. festgelegten Richtlinien besteht sich unsere Ortsgruppe an folgenden Veranstaltungen: Sonntag, den 13. Mai 1929: Kreisfest des Kreises Ballenstedt in Ermleben. Sonntag, den 2. Juni 1929: Kreisfest des Kreises Wilsleben-Quedlinburg-Elbe in Wilsleben. Sonntag, den 11. August 1929: Reichsvereinsfest in Berlin. Für die Verfallsjahre werden vom Vorstande die Vorbereitungen mit allem Nachdruck betrieben. In einer der nächsten Mitgliederversammlungen wird in eine diesbezügliche Aussprache eingetreten werden. Wir bitten jedoch sämtliche Kameraden, soweit es ihre wirtschaftliche Lage zuläßt, von der geschäftlichen Einrichtung der Reichspartelle weitgehend Gebrauch zu machen. Die Reichspartelle sind von den Bezirksunterstützern in Werten zu 50 und 25 s. erhältlich. Die Fahrten nach Ermleben und Wilsleben erfolgen durch Kraftwagen. Der Fahrpreis beträgt für die Hin- und Rückfahrt im ersten 1.80 M. und im letzten 2. — M. Die Rückfahrten sind bei den Bezirksunterstützern und Kameraden laut und Schiefer abzugeben. Das Fahrgeiß für Ermleben ist bei den bezeichneten Stellen bis spätestens Sonntag, den 11. d. Mts., gegen 5 Uhr einzuspielen. Die Fahrzeit wird nach bekannt gegeben.

Soz. Arbeiter-Jugend

Halberstadt. (Arbeitsgemeinschaft). Heute abend pünktlich 20 Uhr im Heim. Gen. Wolfenbush spricht über bürgerliche und proletarische Presse. Keiner darf fehlen.

Kreis Quedlinburg.

Mehlschauen, 2. Mai. Die Meisler ist gut verlaufen. Morgens um 10 Uhr ließ es sich der Arbeitervereinsverein nicht nehmen und ließ hinauf zu des Waldeshöhen am Dorfe, wie alljährlich, und ließ von dort aus, über das noch im Herbstkammer stehende Bodefließ seine Meisler erdichten. Um 9 Uhr versammelten sich die Teilnehmer am Sportplatz, um von dort einen Ausflug nach dem Forsthaus zu unternehmen. Die Kinder wurden mit Kaffee und Gebäck bewirtet. Unter Arbeitervereinsverein lang „dem Zeug entgegen“, worauf der Gen. Behrens-Quedlinburg auf die Bedeutung des Tages hinwies. Nachmittags um 2 Uhr riefte man sich zum Büchermarkt und des Abends fand die Feier ihre Fortsetzung im „Deutschen Hause“, wo bei Tanz und musikalischen Vorträgen die Teilnehmer noch lange in gemüthlicher Stimmung beisammen blieben.

Meisler, 2. Mai. Meisler. Auch in Reinleht machte die Meisler einen guten Eindruck. Um 9.30 Uhr hatte sich eine stattliche Zahl Männer im Brauen am Sportplatz versammelt. Unter Vorantritt des Tramblerkorps ging es mit klingendem Spiel nach Strohberg, jetzt 100 Kinder wurden mit Kaffee und Kuchen bewirtet; dann folgten Kaffee und allerhand Spiele, auch hierbei wurden den Kindern Schokolade und Bonbons verabfolgt. Die Knochenkneifische Hausstapelte sorgte für gute Unterhaltung. Mittags erließen das Kaufpreduerents. Es wurden einige Musikstücke gespielt. Dann sprach Genelle Feil über die Bedeutung des 1. Mai. Um 4 Uhr erfolgte der Büchermarkt. Beim Gen. Meisler sollte sich der Zug auf, Abends 8 Uhr fand im Lokalfest Saal eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Gen. Rektor R. D. P. Wilsleben über den Weltfriedtag sprach.

Soziales.

Jugend in Not.

47.000 hungende Schulkiner in Berlin.

Über zwei Millionen Mark werden die Stadt Berlin jährlich für die Spielung bedürftiger Schulkiner auf. Damit kann aber kaum die Hälfte der hungenden Schulkiner abgeholfen werden. Welchen Umfang die Berliner Schulspielung angenommen hat, zeigen die Feststellungen an einem Schilbige (15. Dezember 1928), wo von 355 Berliner Schulkinern 89.396 gespielt wurden. Es erzielten diese Schilbige 1940. zweites Schilbige 48.702 und Mitspielers: 8894. Das entspricht einem Prozenten auf 16.83. Gegenüber diesen positiven Zahlen beruht der ärztliche Befund unserer Schulkiner.

— 30 v. H. der Kinder sind spielungsbedürftig — auf einer Schilbige. Die Erfahrungen in anderen Großstädten lassen aber diese Zahl als zureichend erscheinen. Es bedeutet, daß fast ein Drittel unserer Schulkiner körperlich geschwächt ist.

Hier offenbar sich die Not der Nachkriegszeit, unter deren unheilvoller Wirkung die schwachen Kinder am verhängnisvollsten getroffen wurden. Es ist selbstverständlich, daß wir alles daran setzen müssen, um diese Schäden an unserer Volkstanz nach Möglichkeit und schnell auszuräumen, aber auch hier geht es sich, daß unsere Kinder die gleiche Lage ist. Wenn nur 7 v. H. Mitspielender Kinder betreut werden können, so bleiben nach einmündiger ärztlicher Schilbige mindestens noch 13 v. H. übrig, für die niemand sorgt, die auch weiterhin ohne Schilbige zur Schule kommen und die Schule nach dem Unterricht mit leerem Magen verlassen, 13

Reichsbanner
„Schwarz-Rot-Gold“

Halberstadt. Alle die Kameraden, welche Himmelfahrt nach auswärts gehen, treffen sich im „Grünen Wägen“ Halberstadt. Der Fahrpreis nach Braunshweig beträgt per Platz 2 Mark. Alle Kameraden, welche schon am Sonntag, den 1. Juni, nach dort fahren wollen, müssen sich sofort bei ihren Bezirksführern melden, damit rechtzeitig Quartiere angefordert werden können. Die Quartiere müssen bis spätestens den 5. Mai bei uns gemeldet sein.

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Wesenspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Fringselohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Einlieferung höchstens am Donnerstag, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Böber, G. m. u. F. Verantwortl. für Inhalt u. Richtigkeit: Kurt Wittenberg, für den letzten Teil Wilhelm Rindermann, für den Rest Kurt Zeff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnette oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bekanntgabe 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist bei der Bezahlung vorliegende letzte Anzeig. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle: Domplatz 48 (Telefon Nr. 2318). Kolonnette 40 Pfennig, 4 Spalten 1 Mark, 3 Spalten 1 Mark 50 Pfennig, 2 Spalten 2 Mark, 1 Spalte 3 Mark. Anzeigen außerhalb des Landkreises Wernigerode 20 Pfennig, auswärts 25 Pfennig.

Nr. 105

Dienstag, den 7. Mai 1929

4. Jahrgang

Rotfront in Preußen verboten!

Auch Hamburg verbietet den Pfingst-Rotfronttrummel.

Berlin, 6. Mai. (Eig. Funkm.). Der preussische Minister des Innern hat am Sonntagabend im Einvernehmen mit dem preussischen Ministerpräsidenten den Roten Frontkämpferbund verboten. Das Verbot tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Seine amtliche Bekanntgabe wird im Verlauf des heutigen Vormittags erfolgen. Die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes wird von der künftigen der preussischen Regierung ebenfalls heute vormittag offiziell unterrichtet werden.

Das Verbot gründet sich insbesondere auf die Vorgänge der letzten Tage in Berlin. Es steht einwandfrei fest, daß der Rote Frontkämpferbund ebenso wie die kommunistische Partei die blutigen Auseinandersetzungen genützt und sowohl zu ihrer Vorbereitung als auch zu ihrer Verwirklichung alles getan hat. Es kommt hinzu, daß sich der Rote Frontkämpferbund — wie an hundert von Beispielen gezeigt werden kann — in letzter Zeit immer mehr als Raubtruppe entwickelt hat. Wie oft sind in den letzten Monaten und Wochen allein Sozialdemokraten von Anhängern des Roten Frontkämpferbundes blutig gefoltert, niedergeschlagen oder erschossen worden. Diese Gräueltaten haben ebenso die Billigung des Roten Frontkämpferbundes gefunden wie die verhängnisvollen Kolumnenmäße und deren Ergebnisse in Berlin.

Das Verbot der preussischen Staatsregierung ist eingehend begründet. Wie wir erfahren, will der Rote Frontkämpferbund bei dem Staatsstreich gegen die preussischen Regierungen protestieren und über deren Zusammenbruch eine richterliche Entscheidung herbeiführen lassen.

In dem Verbot wird u. a. die Beschlagnahme des beweglichen und unbeweglichen Eigentums der kommunistischen Organisation ausgesprochen. Das heißt, sämtliche Kassen dieser Organisation, die Kleiderbestände usw. verfallen der preussischen Staatskasse. Die Beschlagnahme dieses beweglichen und unbeweglichen Eigentums ist in Preußen bereits durchgeführt.

Hamburger Rotfronttag verboten.

Hamburg, 4. Mai. Der hamburgische Senat hat beschlossen, das seit dem 11. März d. J. für die Kommunistische Partei und die Nationalsozialistische Partei bestehende Demonstrationserbot aufrechtzuerhalten. Damit ist auch der für Pfingsten in Hamburg geplante Rotfronttag verboten. Die staatliche Verfassung ist die Kommunistische Partei und der Rotfrontkämpferbund die Vorbereitungen zu einem Rotfronttag in Hamburg fort. An der Annahme der Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Bundesauschusses des Rotfrontkämpferbundes zur Vorbereitung des Treffens zu Pfingsten in Hamburg heißt es ausdrücklich, daß

mit gleichartigen Straßentempeln zu rechnen sei, die von der Kommunistischen Partei und dem Rotfrontkämpferbund zu einem bewaffneten Aufruf geübt werden müßten. Wie derartige Aufrufe aufzulösen sind und werden, hat der Verlauf der ersten Märsche in Berlin gezeigt.

Ruhe in

Die Kommunisten wollen das Verbrechen

Berlin, 6. Mai. (Eig.). Die Nacht vom Sonntag zum Montag und die letzte Nacht sind in Berlin völlig ruhig verlaufen. Es fielen weder auf dem Wedding noch in Neustadt Schüsse. Immerhin hat die Polizei vom Sonntagabend bis zum heutigen frühen Morgenstunden annähernd 100 Zwangsverhaftungen vornehmen müssen. Unter den Verhafteten befinden sich zur Zeit Personen, die dem Auftrage aktiv beistehen und von den bereits verhafteten Barrikadenbauern inszenieren werden sollen. In den beiden letzten Nächten patrouillierte sowohl in Neustadt als auf dem Wedding ein Panzerauto der Polizei durch die Straßen. In der Dresdenerstraße fanden Polizeibeamte am Sonntag morgen an einem Laternenpfahl eine Schuttpuppe ausgehängt. Die Spitzel verhaftete am Sonntag in Neustadt vier Messerschützer, die in politische Meinungsverschiedenheiten geraten waren. Bei einem der Verhafteten fand man einen Revolver, bei einem anderen einen Gummitrippel.

Milderungen der Polizei.

Der Polizeipräsident teilt Sonntag abend mit: „Die letzte Nacht und auch der heutige Tag sind in den Uhrbezirken Neustadt und Wedding ruhig verlaufen. Die Milderungen, die in der Sanctionierung des polizeilichen Schutzbereiches schon im Laufe des gestrigen Tages eintraten, sind, soweit befristet, noch erweitert werden. Die im Dienst befindlichen Beamten wurden durch andere ausgesetzte Beamte ersetzt und hatten schon gestern die Ermöglichung, im Gebrauch der Schußwaffe äußerste Zurückhaltung zu üben. Wo noch vereinzelte Schüsse von Aufwühlern abgegeben wurden, ist nicht mit sofortigem Gehör beantwortet worden, sondern die Polizei ist

Der Senat hat sich daher veranlaßt gefühlt, zum Schutze des Lebens und der Sicherheit der Hamburger Bevölkerung das Demonstrationserbot vom 11. März, in vollem Umfang aufrechtzuerhalten und jede Veranstaltung zu verhindern, die diesem Verbot zuwiderläuft. Der Senat vertraut darauf, daß die überwältigende Mehrheit der Hamburger Bevölkerung diesen Maßnahmen volles Verständnis entgegenbringt. Sie gelten dem Schutze der verfassungsmäßigen Freiheit, die durch Mißbrauch gefährdet ist.

Verbot für das ganze Reich?

Berlin, 6. Mai. (Eig. Funkm.). Der Reichsminister des Innern hat das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch die preussische Regierung an die übrigen Landesregierungen zum Gesetz herabzusetzen, und somit die Voraussetzungen dazu geschaffen sind, zur Nachahmung weiter gefeilt. Ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den Reichsminister des Innern für das ganze Reich kann nicht in Frage kommen, da hierfür die gesetzlichen Voraussetzungen fehlen. Es ist damit zu rechnen, daß die außerpreussischen Landesregierungen am Dienstag bzw. Mittwoch ebenfalls ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes erlassen.

Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes wird bei den Kommunisten natürlich wieder starke Enttäuschung auslösen. Daß dies Verbot von legaldemokratischen Ministern ausgesprochen wird, wird die kommunistische Presse begeistert mit dem Sozialistischen Echo anfeinden. Dazu ist von vornherein zu sagen, daß solche Analogien in jedem Falle unzulässig sind. Durch das Sozialistengesetz wurde seiner Zeit die friedliche Gefinnung der Staatsbürger verfehlt. Die Sozialdemokratie hat es in der schwersten Zeit der Verfolgung stets von sich gewiesen, Gewalt etwa mit Gewalt zu beantworten. Dieser Grundsatz hat sich nicht geändert. Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes handelt es sich gar nicht darum, etwa eine Gefinnung zu verbieten. Nicht nur zu den Unruhen in Berlin wurde zu gewalttätiger Erhebung aufgeführt und der Bürgerkrieg inszeniert, sondern in den Aufzügen zu dem in Hamburg geplanten Rotfronttag war rund und mit zu sehen, daß diese Veranstaltung zu neuen Straßentempeln und Gemetzelaktionen ausgeht werden solle. Da kann selbst ein sozialdemokratischer Minister nichts anderes tun als solche gefährliche Revolutionsspiele zu verbieten. Wer von vornherein zur Gewalt auffordert, der rechnet auch damit, daß ihm mit Gewalt entgegengetreten wird. Die Berliner Vorgänge haben gezeigt, wie verhängnisvoll diese Revolutionsspiele der Kommunisten ist. In Berlin haben 24 Menschen, meist Schulbube, die Gemeinnützigkeit der Kommunisten mit ihrem Leben bezahlen müssen. Wenn man sich schwereres Unglück für die Zukunft verhindern will, muß man das Verbot der Wurzel packen. So lange Kommunisten und Rotfronttag in Hand mit dem Gesetzbruch die Gefährlichkeit protestieren, und das Leben der Mitmenschen bedrohen, muß ihnen mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. An gleichen Augenblicke, wo sie erklären, im politischen Kampfe von gemeinen Verbrechen Abstand zu nehmen, fällt auch das Verbot an manches Verbrechen.

colorchecker CLASSIC

Die Kommunisten wollen das Verbrechen

Berlin, 6. Mai. (Eig.). Die Nacht vom Sonntag zum Montag und die letzte Nacht sind in Berlin völlig ruhig verlaufen. Es fielen weder auf dem Wedding noch in Neustadt Schüsse. Immerhin hat die Polizei vom Sonntagabend bis zum heutigen frühen Morgenstunden annähernd 100 Zwangsverhaftungen vornehmen müssen. Unter den Verhafteten befinden sich zur Zeit Personen, die dem Auftrage aktiv beistehen und von den bereits verhafteten Barrikadenbauern inszenieren werden sollen. In den beiden letzten Nächten patrouillierte sowohl in Neustadt als auf dem Wedding ein Panzerauto der Polizei durch die Straßen. In der Dresdenerstraße fanden Polizeibeamte am Sonntag morgen an einem Laternenpfahl eine Schuttpuppe ausgehängt. Die Spitzel verhaftete am Sonntag in Neustadt vier Messerschützer, die in politische Meinungsverschiedenheiten geraten waren. Bei einem der Verhafteten fand man einen Revolver, bei einem anderen einen Gummitrippel.

Milderungen der Polizei.

Der Polizeipräsident teilt Sonntag abend mit: „Die letzte Nacht und auch der heutige Tag sind in den Uhrbezirken Neustadt und Wedding ruhig verlaufen. Die Milderungen, die in der Sanctionierung des polizeilichen Schutzbereiches schon im Laufe des gestrigen Tages eintraten, sind, soweit befristet, noch erweitert werden. Die im Dienst befindlichen Beamten wurden durch andere ausgesetzte Beamte ersetzt und hatten schon gestern die Ermöglichung, im Gebrauch der Schußwaffe äußerste Zurückhaltung zu üben. Wo noch vereinzelte Schüsse von Aufwühlern abgegeben wurden, ist nicht mit sofortigem Gehör beantwortet worden, sondern die Polizei ist

von Moskau gewünschten Losen sehen bisher noch 176.

Es ist fraglich, ob angesichts dieses Laufzuges die für heute beschlossene Aufhebung der inzwischen bereits gemilderten Maßnahmen des Polizeipräsidenten durchgeführt werden kann.

500 Millionen-Reichsanleihe.

Mit dem Privileg der Steuerfreiheit.

Die Kassenverhältnisse des Reiches haben sich in den letzten Monaten gänzlich verschlechtert. Nur mit großen Schwierigkeiten ist es im April möglich gewesen, die Renten zu einem letzten vorübergehenden Kredit in Höhe von 170 Millionen an das Reich zu veranlassen. Die Zinsenlast belief sich auf 10 Prozent; 8 1/2 Prozent Zinsen jährlich und ein Viertel Prozent Provision pro Monat. Dieser Kredit ist also das Reich in drei Monaten 4 1/2 Millionen Mark.

Womit die Art der Verhandlungen über diesen Kredit, als auch die Bedingungen zwingend das Reich, seinen künftigen Kassenbedarf auf anderen Wegen zu decken. Das Reich kann nicht dauernd als Bettler vor den Renten erscheinen, und kann auch nicht dauernd diejenigen Mittel des Gehaltmats für seine Zwecke in Anspruch nehmen, die den Renten nur zur vorübergehenden Verwendung überlassen worden sind. Es muß jetzt endlich nach einem Ausweg suchen, um den wachsenden Kassenbedarf dauernd zu befriedigen.

Ammer noch scheint das Reich aus der verfehlten Finanzpolitik früherer Jahre einen Fehlbetrag von 675 Millionen im außerordentlichen Etat mit. Es braucht ferner als dauernden Betriebsmittelkredit rund 300 Millionen. Außerdem sind 400 Millionen an öffentliche und private Unternehmungen an Darlehen und Vorkäufen hingegeben worden. Auch das Defizit im Ordentlichen Etat des Haushalts 1928 beläuft die Stelle mit rund 100 Millionen. Schließlich oder treten zu all diesen Posten noch hinzu Mehrkosten der Erwerbslosenversicherung, die bis Ende Juni eines 400 Millionen betragen werden. Diesen Befriedigungen steht lediglich eine feste Einnahme von rund 300 Millionen aus Schatzungsmitteln gegenüber, die darüber hinaus erforderlichen Bezüge müssen gebohrt werden, wobei jedes Monatsende mit seinen großen Anforderungen wesentlich mehr Geld erfordert, als im Augenblick vorhanden ist.

An der Vergangenheit mußten zur Behebung dieser Kassenverhältnisse bereits ungewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden. So wird z. B. der Reichsgeldfuß an die Anleiheversicherung nicht in der gefeilt, sondern nur in Schuldverschreibungen mit mehrjähriger Laufzeit. Außerdem wird der Gedanke erwogen, die Institute der öffentlichen Hand, z. B. die Sparkassen und die übrigen Sozialversicherungsanstalten zu verpfänden, die Teile ihres Vermögens in öffentlichen Anleihen anzulegen. Auch ist geplant, den im Besitz des Reiches befindlichen Teil der Vorkaufsalien der Reichsbahn zwar nicht zu verkaufen, aber doch zu verpfänden.

Gegen alle diese Maßnahmen spricht vor allem das Bedenken, daß sie erst allmählich wirksam werden können, das Reich aber aus seinen augenblicklichen Finanznöten nicht befreien. Anstatt dessen wird man es vorziehen können, die Verdrängung des Reichs aus dem Geldmarkt zu vermeiden, und eine Ermächtigung zum Abschluß einer neuen Reichsanleihe enthält, die eine Laufzeit von fünf Jahren haben soll. Der Ausgabebetrag ist auf 100 Prozent festgelegt, der Zinsfuß 7 Prozent betragen. Die Anleihe soll aus von der Einkommensteuer und der Vermögenssteuer befreit sein. Für einen Geldgeber gezeichnete Stücke tritt u. a. auch die Befreiung von der Erbschaftsteuer hinzu.

Man wird abzuwarten haben, ob die Hoffnungen auf die Einnahme einer Reichsanleihe in Höhe von einer halben Milliarde gerechtfertigt sind. Nach der vorliegenden Rechenbeilage im Jahre 1927 zur allgemeinen die Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen könne. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Erwägungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde Kredit für das Reich in Form einer neuen Anleihe erlangen kann. Annehmend hofft man Gelder, die im Ausland angesetzt sind, auf diesem Wege wieder nach Deutschland zurückzuführen zu können. Der Ausgabebetrag mit 100 Prozent und der nominelle Zinsfuß von 7 Prozent sind zweifellos sehr günstig. Selbst für viele andere festverzinsliche Werte beträgt die wirkliche Verzinsung zwischen 8 und 9 Prozent. Auch gegenüber dem kurzfristigen Bankrent, der das Reich etwa 10 Prozent kostet, ergibt sich eine wesentliche Verbesserung. Allerdings ist die vorgeschlagene weitgehende Steuerfreiheit dieser Anleihe nicht nur etwas sehr Ungewöhnliches, sondern auch etwas sehr Bedenkliches. Zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Finanzpolitik wird für die Vergabe von Geld auf dem Wege der Anleihe Steuerfreiheit gemährt. Andere Länder, z. B. Amerika und Frankreich, haben sich zu einer solchen Maßnahme allerdings bereits seit langem entschlossen. In Deutschland aber ist ein derartiges Entgegenkommen an die Kapitalgeber den Schicksalen der Bevölkerung immer abgelehnt worden. Auch in diesem Augenblicke kann eine solche Maßnahme nur wegen der ungewöhnlichen Notlage des Reiches eine etwas mildere Beurteilung beanpruchen. Sie darf aber unter allen Umständen nur vorübergehend sein und muß sobald als möglich befristet werden. Wird man die materielle Auswertung der Steuerbefreiung in der Höhe von 400 Millionen in der Einkommensteuer und der Vermögenssteuer befreit sein. Für einen Geldgeber gezeichnete Stücke tritt u. a. auch die Befreiung von der Erbschaftsteuer hinzu.

Man wird abzuwarten haben, ob die Hoffnungen auf die Einnahme einer Reichsanleihe in Höhe von einer halben Milliarde gerechtfertigt sind. Nach der vorliegenden Rechenbeilage im Jahre 1927 zur allgemeinen die Meinung verbreitet, daß das Reich in absehbarer Zeit keine neue Anleihe aufnehmen könne. Es ist bisher nicht zu sehen, auf welche wirtschaftlichen Erwägungen die Erwartung zurückgeht, daß man nun plötzlich eine halbe Milliarde Kredit für das Reich in Form einer neuen Anleihe erlangen kann. Annehmend hofft man Gelder, die im Ausland angesetzt sind, auf diesem Wege wieder nach Deutschland zurückzuführen zu können. Der Ausgabebetrag mit 100 Prozent und der nominelle Zinsfuß von 7 Prozent sind zweifellos sehr günstig. Selbst für viele andere festverzinsliche Werte beträgt die wirkliche Verzinsung zwischen 8 und 9 Prozent. Auch gegenüber dem kurzfristigen Bankrent, der das Reich etwa 10 Prozent kostet, ergibt sich eine wesentliche Verbesserung. Allerdings ist die vorgeschlagene weitgehende Steuerfreiheit dieser Anleihe nicht nur etwas sehr Ungewöhnliches, sondern auch etwas sehr Bedenkliches. Zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Finanzpolitik wird für die Vergabe von Geld auf dem Wege der Anleihe Steuerfreiheit gemährt. Andere Länder, z. B. Amerika und Frankreich, haben sich zu einer solchen Maßnahme allerdings bereits seit langem entschlossen. In Deutschland aber ist ein derartiges Entgegenkommen an die Kapitalgeber den Schicksalen der Bevölkerung immer abgelehnt worden. Auch in diesem Augenblicke kann eine solche Maßnahme nur wegen der ungewöhnlichen Notlage des Reiches eine etwas mildere Beurteilung beanpruchen. Sie darf aber unter allen Umständen nur vorübergehend sein und muß sobald als möglich befristet werden. Wird man die materielle Auswertung der Steuerbefreiung in der Höhe von 400 Millionen in der Einkommensteuer und der Vermögenssteuer befreit sein. Für einen Geldgeber gezeichnete Stücke tritt u. a. auch die Befreiung von der Erbschaftsteuer hinzu.